

M. Massarrat

Linksbürgerliche Analysen der „Energiekrise“ Versuch einer Wissenschafts- und Ideologiekritik (1)

1. Vorbemerkung

Die sprunghafte Anhebung des Ölpreises um die Jahreswende 1973/74 hatte nicht nur die Profitproduktion des Kapitals, sondern auch die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerungsschichten, vor allem aber die lohnabhängigen Massen, unmittelbar tangiert. Nicht nur restriktive Maßnahmen wie das Fahrverbot, sondern auch die drastische Erhöhung des Benzin- und Heizölpreises haben bei der Masse der Bevölkerung in allen Teilen der Welt berechtigte Empörung ausgelöst. Hier auf und auf die durch die Ölpreissteigerung hervorgerufene „Energiekrise“ (2) reagierten die bürgerlichen Massenmedien durchaus unterschiedlich.

Kamen die konservativ reaktionären Massenmedien mit ihrem Versuch, die „Energiekrise“ schlicht auf einen Racheakt der „Unzivilisierten“ gegen die „zivilisierte Menschheit“ zurückzuführen, nur partiell zum Zuge, so konnte die vor allem in den bürgerlichen liberalen und bürgerlich reformistischen Massenmedien vertretene These, daß die multinationalen Ölkonzerne die „Energiekrise“ initiiert hätten, innerhalb breiter Bevölkerungsschichten große Verbreitung finden. Dies besonders auch deswegen, weil die Ölkonzerne die durch den arabischen Ölboykott hervorgerufene allgemeine Verwirrung auch tatsächlich dazu benutzten, um über ihre ungewöhnlich hohen Profite hinaus durch eine vorübergehende künstliche Verknappung des Angebots an Rohöl zusätzlich und zu Lasten der werktätigen Bevölkerung Spekulationsgewinne einzustreichen.

So berechtigt die Empörung der Bevölkerung gegen die multinationalen Konzerne in dem konkreten Zusammenhang, so verkürzt und illusionär wirkt aber die Aufklärung über den Charakter der „Energiekrise“, würde sie sich an dieser bestimmten *Organisationsform* kapitalistischer Produktion auf dem Weltmarkt festmachen, ausgehend von der bloßen Form, zu den dahinterliegenden Produktionsverhältnissen also nicht vordringen. Indes ist das gegen bestimmte Formen kapitalistischer Produktion, nicht aber gegen das Kapitalverhältnis selbst gerichtete Bewußtsein breiter Bevölkerungsschichten einschließlich der Masse der Lohnabhängigen in der BRD gegenwärtig noch typisch. Genau des-

-
- 1 Der vorliegende Aufsatz ist innerhalb der *Prokla* diskutiert worden. Zahlreiche und wichtige Anregungen sind bei der Überarbeitung in den Aufsatz aufgenommen worden.
 - 2 Der Begriff „Energiekrise“ ist insofern irreführend, als er vom kapitalistischen Charakter der Krise der Energieproduktion in der Weltwirtschaft ablenkt. Wir verwenden ihn dennoch wegen seiner praktischen Bedeutung, allerdings aus dem obengenannten Grunde in Anführungsstrichen.

halb können auch bürgerlich reformistische bzw. linksbürgerliche (3) Erklärungen der Krisenerscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise einsichtig erscheinen und auch schnell verbreitet werden. So auch die Erklärung der „Energiekrise“ wie z.B. durch H. Elsenhans (4), die in der liberalen und linksliberalen Öffentlichkeit, ja selbst innerhalb der Linken in der BRD die weitaus größte Verbreitung gefunden hat.

Eine kritische Auseinandersetzung mit den linksbürgerlichen Analysen der Krisenerscheinungen kapitalistischer Produktion halten wir aber für besonders wichtig, weil:

Erstens diese im großen und ganzen Formanalysen sind und die Widersprüche der kapitalistischen Produktions- und Klassenverhältnisse, die die Krisenerscheinungen letztlich hervorrufen, gänzlich außer Acht lassen.

Zweitens sie auch gerade deshalb insofern illusionär sind, als sie nicht die Aufhebung des Kapitalverhältnisses, sondern neue Methoden, neue Organisationsformen kapitalistischer Produktion als Alternative der Überwindung der Krisen erscheinen lassen.

Drittens die illusionären Alternativen der Überwindung der Krisen angesichts der oben erwähnten Bewußtseinsstruktur innerhalb der werktätigen Schichten der Bevölkerung, aber auch innerhalb der intellektuellen Linken, rasch verbreitet werden können.

In diesem Beitrag wollen wir aus diesen Gründen den Versuch unternehmen, uns wissenschaftstheoretisch und ideologiekritisch mit der Erklärung der „Energiekrise“ durch H. Elsenhans und B. Tibi (5) auseinanderzusetzen. Die bereits an anderer Stelle geleistete ausführliche Analyse der „Energiekrise“ als eine besondere Krisenerscheinung des kapitalistischen Weltmarktes (6) gestattet uns, unser

-
- 3 Der Begriff „Linksbürger“ soll jene gesellschaftliche Gruppen näher beschreiben, deren wissenschaftliches Selbstverständnis und deren politische Praxis mit der bürgerlichen Wissenschaft bzw. der bürgerlichen politischen Praxis zutiefst verbunden ist, die sich aber ideologisch durch verbalen bzw. moralischen Antikapitalismus und Antiimperialismus vom Bürgertum abgrenzen.
 - 4 Elsenhans hat zu diesem Thema zahlreiche Beiträge veröffentlicht. Diese unterscheiden sich inhaltlich kaum. Seine Hauptthesen, Argumentationsstränge und das dazu angewandte empirische Material gibt er in einem von ihm herausgegebenen Buch in vollem Umfang wieder. Daher stützen wir uns im folgenden im wesentlichen auf seinen wichtigsten Beitrag in: Elsenhans, Hartmut (Hrsg. -): Erdöl für Europa, Hamburg 1974
 - 5 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder und der Reproduktionsprozeß der Metropolen: Das Beispiel Erdöl, in: Handbuch 1, Perspektiven des Kapitalismus, Frankfurt/M. 1974. Diesen Beitrag berücksichtigen wir deshalb, weil der Autor gerade auf der Basis der Elkenhans'schen Erklärung der „EnergieKrise“ versucht, die weitläufigen Auffassungen über den Charakter der Staaten der „Dritten Welt“ und über das Verhältnis der rohstoffproduzierenden unterentwickelten zu den entwickelten kapitalistischen Staaten am Beispiel der OPEC-Staaten seinem Anspruch nach wissenschaftlich zu begründen.
 - 6 Vgl. dazu: Massarrat, M.: Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus, in: Prokla Nr. 11/12, und Massarrat, M.: Die „Energiekrise“ und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft (erscheint demnächst). Gegenstand des letztgenannten Beitrages ist eine marxistische Begründung der gegenwärtigen Neuordnung der kapitalistischen Weltwirt-

Augenmerk in diesem Beitrag in der Hauptsache auf die empirische und logische Überprüfung der von den oben erwähnten Autoren geleisteten Analysen der „Energiekrise“ zu richten und ihre Positionen wissenschaftstheoretisch und ideologisch zu kritisieren (7).

2. Ursachen der „Energiekrise“ nach Elsenhans und Tibi

Elsenhans Analyse der Ursachen der „Energiekrise“ beginnt mit der *Beschreibung* der Konkurrenz, der internationalen Expansion und der Konzentration und Zentralisation der euroamerikanischen ölproduzierenden Kapitale vor 1945. Gestützt auf die Analyse des britischen Journalisten Christopher Tugendhat (8), beschreibt Elsenhans schließlich die Herausbildung jenes Ölkartells, mit dessen Hilfe die größten Ölunternehmen der Welt, die „Seven Majors“, gemeinsam sowohl bei der Produktion von Erdöl im Nahen Osten wie bei dessen Verarbeitung und Absatz in Westeuropa die Verwertungsmöglichkeiten ihrer Kapitale auf ein Höchstmaß zu steigern jahrzehntelang erfolgreich in der Lage waren (9). Kontrollierten die „Seven Majors“ vor 1945 auf der einen Seite die internationalen Ölquellen, vor allem aber im Nahen und Mittleren Osten, und auf der anderen Seite die Märkte in Westeuropa, so änderte sich die Situation nach Elsenhans in der Periode nach 1945 grundlegend:

Zum einen treten die „unabhängigen“ bis nach 1945 ausschließlich in den USA ölproduzierenden Gesellschaften auf den Plan und erwerben zwischen 1950 und 1955 im Nahen Osten und in Libyen Konzessionen (10). Dies hatte zur Folge, daß nunmehr den Öleigentümerstaaten nicht nur die im Ölkartell organisierten „Seven Majors“, sondern eine zweite Kategorie von „unabhängigen“ Ölgesellschaften gegenüberstanden, die mit den „Seven Majors“ um den Erwerb von Konzessionen im Nahen und Mittleren Osten konkurrierten:

„so wurde das Prinzip der Gewinnteilung von jenen Konzernen angeboten, die sich erst in Konzessionen in Nahost einkaufen wollten“ (11)

Und zum anderen bricht ab 1955: „der protektoratsähnliche Einfluß der kapitalistischen Industrieländer im Nahen Osten langsam zusammen: 1955 nahm Ägypten sowjetische Waffenlieferungen, ab 1956 entließ sogar der König von Jor-

schaft an Hand der Realanalyse der geschichtlichen Entwicklung der kapitalistischen Energieproduktion im Prozeß der Herausbildung und Weiterentwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft.

- 7 Um dennoch den Lesern die Möglichkeit der Verfolgung kontroverser Positionen zu gewährleisten, werden wir in diesem Beitrag die Resultate unserer Analyse mit kurzer Begründung wiedergeben. Vgl. vor allem unter 2.2
- 8 Tugendhat, Christopher: *Erdöl – Treibstoff der Weltwirtschaft – Sprengstoff der Welt-politik*, Hamburg 1972 (Origin usgabe mit den Titel „Oil – the Biggest Business“, 1968)
- 9 Elsenhans, Hartmut: *Erdöl für Europa ... a.a.O.*, S. 11ff
- 10 Ebenda, S. 16
- 11 Ebenda, S. 15

danien den britischen Befehlshaber der arabischen Legion, die als einzige modern ausgerüstete Armee im Nahen Osten als potentielle Einsatztruppe zum Schutz der Verbindungswege zum Öl von den Konzernen angesehen wurde, und 1956 verstaatlichte Nasser mit Erfolg den Suez-Kanal“ (12)

Diese beiden Momente verschafften den ölproduzierenden Staaten nach Elsenhans günstigere Positionen, ihre Interessen stärker als bisher durchzusetzen. Wenn auch Elsenhans die bereits in den nach 1950 begonnenen Auseinandersetzungen um Extraprofit und Grundrente zwischen Ölkonzernen und ölproduzierenden Staaten richtig als erste Etappe und als geschichtlichen Ausgang der erst Ende 1973 eingetretenen internationalen „Energiekrise“ berücksichtigt, so präjudiziert er bereits im hier kurz wiedergegebenen geschichtlichen Teil seiner Analyse durch seine Vorgehensweise tatsächlich jene noch im einzelnen zu kritisierenden verwirrenden Resultate, zu denen er schließlich bei der Einschätzung und Analyse der Ursache der „Energiekrise“ gelangt:

Erstens ist es verkürzt, die Verstärkung der Positionen der ölproduzierenden Staaten bei dem Kampf um die Verteilung der bei der Ölproduktion erzielten Extraprofite im wesentlichen auf den sinkenden politischen Einfluß der USA und Großbritanniens und den gleichzeitigen wachsenden politischen Einfluß der Sowjetunion im Nahen und Mittleren Osten zurückzuführen. So und durch die Verallgemeinerung und Verabsolutierung der einzelnen politischen Ereignisse übersieht Elsenhans, wie in Abschnitt 2.1. ausführlich dargelegt wird, die für die Analyse wichtige und tatsächliche Bedeutung der sich in den Öleigenümerstaaten selbst vollziehenden Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen.

Zweitens leitet Elsenhans die Konzentration und Zentralisation der ölproduzierenden Kapitale, ihre Expansion in den Nahen und Mittleren Osten, die Herausbildung des Ölkartells und das faktische Auseinanderbrechen desselben durch die Aktivität und Expansion der „unabhängigen“ Ölgesellschaften, damit schließlich also die Verschärfung der Konkurrenz der ölproduzierenden Kapitale, keineswegs aus den Verwertungsbedingungen der in der Branche tätigen Einzelkapitale ab, sondern er *beschreibt* lediglich die sichtbaren und historisch schon eingetretenen, damit also von jedermann feststellbaren Tendenzen. Eine in der Tendenz auch richtige bloße Beschreibung der zeitlich zurückliegenden Entwicklungen ist in der Tat möglich. Anders allerdings, wenn es darum geht, die gegenwärtig sich vollziehenden Prozesse und Entwicklungen zu erklären. Ohne von den verborgenen Bewegungsmomenten und Gesetzmäßigkeiten auszugehen, ist man hier, wie z.B. Elsenhans bei der Erklärung der Rückbewegung der ölproduzierenden Kapitale in die entwickelten kapitalistischen Länder, der Gefahr ausgesetzt, die Kausalzusammenhänge verschiedener Prozesse, wie in Abschnitt 2.3 zu zeigen sein wird, zu verkennen und von daher auch zu falschen Resultaten zu gelangen.

Drittens und schließlich beschränkt Elsenhans die Beschreibung der Entwicklungstendenzen lediglich auf die ölproduzierenden Kapitale innerhalb des

Weltenergiemarktes. Die Konkurrenz zwischen diesen und den kohleproduzierenden Kapitalen bleibt bei seiner Analyse im wesentlichen außer Acht. So ist er auch nicht in der Lage, den Preisbildungsprozeß auf dem Weltenergiesektor in seiner Gesamtheit zu erfassen und von daher auch verschiedene Energiepreisniveaus zu unterscheiden. Auf der Verwechslung verschiedener Energiepreisniveaus beruht aber gerade die Begründung einer der wichtigsten Ursachen der „Energiekrise“ in seiner Analyse, die er, wie in Abschnitt 2.4. dargestellt wird, in der Konkurrenz zwischen USA und Westeuropa sieht.

Doch soll im folgenden Elsenhans Analyse der „Energiekrise“ vor dem Hintergrund der hier kurz wiedergegebenen Beschreibung der geschichtlichen Oberflächentendenzen auf dem Welterdölmarkt in seinem Beitrag ausführlich und im einzelnen kritisiert werden. Tibis Beitrag wird insofern berücksichtigt, als er sich die Resultate der Analyse von Elsenhans zu eigen macht und diese in ihren Konsequenzen weiter ausführt.

2.1 Die Öleigentümerstaaten und die „Energiekrise“

Elsenhans muß zugute gehalten werden, daß er in seinem Beitrag den realen Kampf der Öleigentümerstaaten mit den Ölkonzernen keineswegs abstreitet und ihn klar erkennt:

„Die Aufteilung des Renteneinkommens in die Grundrente der Förderländer und den Extraprofit der Konzerne war der zentrale Streitpunkt zwischen den Konzernen und den Förderländern.“ (13)

Abgesehen davon, daß die Bedeutung des Kampfes um die „Aufteilung des Renteneinkommens“ für die Erklärung der „Energiekrise“ in seinem Beitrag in dem Maße schwindet, wie er darin von der Geschichte zur Gegenwart vordringt, begründet Elsenhans den fortschreitenden Erfolg der Öleigentümerstaaten im *wesentlichen* durch politische Beweggründe, und zwar einerseits durch Veränderungen des politischen Verhältnisses dieser Staaten zu den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften und zum anderen durch die politischen Veränderungen innerhalb der ölproduzierenden Staaten selbst (14). Die international bedingten Ursachen der Erweiterung der „Handlungsspielräume“ der Öleigentümerstaaten bei ihrer Auseinandersetzung mit den Ölkonzernen um „die Aufteilung des Renteneinkommens“ begründet Elsenhans wie folgt:

„Die Konzerne konnten diese Auseinandersetzung nicht mehr eindeutig für sich entscheiden, als der Zusammenbruch des faktischen Protektorats Großbritanniens und der USA der Ausübung politischen Drucks von seiten der Regierungen der Heimatländer der Konzerne

13 Ebenda, S. 17

14 Soweit ökonomische Momente bei Elsenhans überhaupt eine Rolle spielen, handelt es sich um jene, die außerhalb der Öleigentümerstaaten angelegt sind und auch wie die Konkurrenz der Ölkonzerne untereinander dort wirksam werden, keineswegs aber um die ökonomischen Verhältnisse in diesen Staaten selbst.

engere Grenzen setzen und die zunehmende Konkurrenz kleiner Ölkompagnien die wirtschaftlichen Druckmittel der Majors beschränken.“ Von daher mußte „die Erweiterung des Handlungsspielraums der ölfördernden Länder, sowohl politisch wie wirtschaftlich dazu führen, daß deren Regierungen, welcher politischen Ausrichtung auch immer, von den Konzernen einen erhöhten Anteil am Extraprofit, der auf der Grundlage des Nahostöls erzielt wurde, forderten“. (15)

So richtig es ist, daß die Konkurrenz unter den Ölkonzernen, verschärft durch die Ausdehnung der Tätigkeit der „unabhängigen“ ölproduzierenden Unternehmen auch im Nahen und Mittleren Osten, den „Handlungsspielraum“ der Öleigentümerstaaten bei ihrem Kampf um die „Aufteilung des Renteneinkommens“ vergrößerte, so falsch ist aber, das veränderte Verhältnis dieser Staaten zu den USA und Großbritannien lediglich als politische Veränderung aufzufassen und darüber hinaus noch damit die veränderten Machtverhältnisse um die Aufteilung der Grundrente zu begründen.

Vom politisch militärischen Einfluß der entwickelten kapitalistischen Staaten im Nahen Osten ausgehend, müßte man nach der Argumentation Elsenhans behaupten, daß der „Handlungsspielraum“ der ölproduzierenden Staaten bei ihrem Kampf um die „Aufteilung des Renteneinkommens“ in der Gegenwart wesentlich geringer geworden ist als in den fünfziger und sechziger Jahren. Denn noch nie waren die Nahost-Staaten so stark in die politischen und militärischen Einflußsphären der entwickelten kapitalistischen Staaten *strukturell* integriert wie gerade in der Gegenwart. Der Iran, trotz seiner immer stärker werdenden ökonomischen Autonomie dem politisch militärischen Einflußbereich der entwickelten kapitalistischen Staaten untergeordnet, ist potentiell zur stärksten militärischen Macht der Region mit einem „Verteidigungsradius“ von 2500 km verwandelt worden (16). Ebenso sind Saudi-Arabien und die arabischen Emirate, mit modernsten Waffen ausgerüstet, politisch und militärisch stärker denn je in den Einflußbereich der kapitalistischen Staaten einbezogen. Ägypten, dessen politische und militärische Zuwendung zur Sowjetunion nach Elsenhans gerade nach 1955 jene politischen Voraussetzungen herbeigeführt hatte, aufgrund derer der „Handlungsspielraum“ der ölproduzierenden Staaten des Nahen und Mittleren Ostens vergrößert werden konnte, hat heute schon längst den Rückzug angetreten. Der immer stärker werdende politische und militärische Einfluß der entwickelten kapitalistischen Staaten, vor allem der USA, in Ägypten ist unverkennbar. Auch im Irak sind ähnliche Tendenzen sichtbar.

Hat aber die Tendenzwende in den politisch militärischen Beziehungen der Staaten des Nahen Ostens zugunsten der entwickelten kapitalistischen Staaten auch tatsächlich, wie aus der Elsenhansschen Argumentation zu folgern wäre, den „Handlungsspielraum“ der ölproduzierenden Staaten bei ihrem Kampf um die „Aufteilung des Renteneinkommens“ wieder eingeschränkt? Die reale Entwicklung beweist jedenfalls das Gegenteil. Die wirkliche Macht der ölproduzie-

15 Ebenda

16 Stern, Nr. 11/1975

renden Staaten, einen möglichst hohen Anteil an dem bei der Ölproduktion erzielten Extraprofit als Grundrente für sich abzuzweigen, ist nach der sprunghaften Anhebung des Öllistenpreises Ende 1973 im Vergleich zu dem Jahrzehnt zuvor erheblich gestiegen. Gerade diese Realität zeigt aber, daß die Veränderung der wirklichen Machtverhältnisse um die Aufteilung des Extraprofits zwischen den ölproduzierenden Staaten und den Ölkonzernen keineswegs aus den politisch militärischen Beziehungen dieser Staaten zu den entwickelten kapitalistischen Staaten abgeleitet werden kann. Elsenhans führt die Erweiterung des „Handlungsspielraums“ der ölproduzierenden Staaten allerdings auch auf einen zweiten Aspekt, nämlich auf die innenpolitischen Bedingungen der Öleigentümerstaaten zurück.

„Zum anderen zwang und zwingt die wachsende antikolonialistische bzw. antiimperialistische Ausrichtung der Massen in den unterentwickelten Förderländern auch jene politischen Führungsgruppen in den Förderländern, die an einem gesellschaftlichen Status quo und an der Kooperation mit den Konzernen interessiert sind, die Forderungen an die Konzerne zu erhöhen – und sei es allein zu ihrer politischen Absicherung“. (17)

Und an einer anderen Stelle *behauptet* Elsenhans:

„Die gegenwärtige Krise ist nach unserer Auffassung nur ein Aspekt der ungleichen Entwicklung im Weltmaßstab und der durch sie verursachten politischen Prozesse in den Förderländern: Die Unterprivilegierung der Massen in der Dritten Welt zwingt die Regierungen dieser Länder, unbeschadet ihrer politischen Ausrichtung, die Deviseneinkommen aus dem Erdöl-export zu steigern und mit Hilfe dieser Einkommen über Investitionen zum „Wirtschaftswachstum“ beizutragen, um sich vor der eigenen Bevölkerung zu legitimieren“. (18)

Die innenpolitische Absicherung der Regierungen der ölproduzierenden Staaten und deren Legitimation vor „der eigenen Bevölkerung“ bilden nach Elsenhans die innenpolitisch bedingten Beweggründe der Öleigentümerstaaten, die sie zur Erweiterung ihres „Handlungsspielraumes“ und zur Anhebung ihrer Forderungen gegenüber den Ölkonzernen getrieben hat und immer noch treibt. Die innenpolitische Absicherung bzw. der Legitimationsaspekt etc. können alle hier und da sicherlich in den Auseinandersetzungen mit den Ölkonzernen eine Rolle gespielt haben. Das Legitimationsbedürfnis der Regierungen der Öleigentümerstaaten, und damit das subjektive Verhältnis der „unterprivilegierten Massen“ und der „Herrschaft“ in diesen Ländern zueinander, ist ein Aspekt der Analyse.

Dieser Aspekt allein kann nicht die Handlungen und Entscheidungen der Regierung eines Landes und schon gar nicht das gemeinsame Verhalten der Regierungen einer Gruppe von Öleigentümerstaaten mit durchaus unterschiedlichen ökonomischen und politischen Bedingungen ausreichend erklären, solange die materiellen Grundverhältnisse dieser Länder, die das Bewußtsein eben der „unterprivilegierten Massen“, ihr Verhalten und ihr Verhältnis zur Herrschaft und umgekehrt bestimmen, gänzlich unberücksichtigt bleiben. Wie sehr diese Feststellung zutrifft und wie sehr damit das subjektive Verhältnis der Regierungen zu den „unterprivilegierten Massen“ der Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“

17 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 17

18 Ebenda, S. 8

als Bestimmungsgrund für deren Politik gegenüber den Ölkonzernen und den entwickelten kapitalistischen Staaten fragwürdig ist, beweist auch hier die tatsächliche Entwicklung in einigen dieser Länder selbst:

Das radikaldemokratische nationale Bürgertum Persiens unter Mossadegh hat bereits 1951 die Massen der Stadtbevölkerung (Kleinbürgertum und Arbeiter) mit der Forderung nach Verstaatlichung der British Petroleum durchaus mobilisieren und die Regierung (keineswegs aber die wirkliche Macht) mit dem Ziel erobern können, den Prozeß im Verhältnis zu den Ölkonzernen einzuleiten, der erst über zwanzig Jahre später von den OPEC-Staaten auch wirklich herbeigeführt wurde. Die historisch bedingte Schwäche dieser bürgerlichen Bewegung einerseits und das geschmiedete Bündnis der damals auf vorkapitalistischen Verhältnissen beruhenden herrschenden Grundeigentümerklassen mit dem US-Imperialismus andererseits sowie das Fehlen einer Organisation wie der OPEC, deren Aufbau zehn Jahre später überhaupt erst begonnen wurde, um die Konkurrenz der anderen Öleigentümerstaaten zu verhindern, alle diese Bedingungen haben das radikaldemokratische Bürgertum Persiens scheitern lassen, den von den OPEC-Staaten erfüllten historischen Auftrag schon damals auszuführen. Die herrschende Grundeigentümerklasse Persiens hat nicht nach den Erwartungen der breiten Masse der Bevölkerung, auch nicht nach ihrem von Elsenhans betonten Legitimationsbedürfnis vor den „unterprivilegierten Massen“ gehandelt, sondern 1953 die Regierung gewaltsam zurückerobert und die radikaldemokratisch bürgerliche Bewegung blutig niedergeschlagen. Ebenso hat die faschistisch intendierte Militärdiktatur des Schah-Regimes es immer noch nicht vermocht, seine Massenbasis erheblich zu erweitern, obwohl es heute in der OPEC keineswegs mehr die radikalen Forderungen Algeriens abblockt, sondern selbst bei der Durchsetzung radikaler Forderungen eine führende Rolle spielt.

In Algerien, dessen politische Verhältnisse Elsenhans offenbar auf alle OPEC-Länder verallgemeinert, scheint allerdings ein unmittelbares Verhältnis zwischen den Erwartungen der breiten Masse der Bevölkerung und den Handlungen der Regierung eher zu bestehen. Doch ist dieses Verhältnis aus den spezifisch historischen Bedingungen der algerischen Gesellschaft zu erklären. Algerien hat einen antikolonialen Befreiungskampf erfolgreich durchgeführt. Dieser Kampf ging nicht nur mit der Mobilisierung der Massen, sondern auch mit der Aufhebung der vorkapitalistischen Produktionsverhältnisse einher. In dem Stadium des keineswegs typischen Übergangs zur kapitalistischen Produktionsweise, in dem sich Algerien u.E. befindet, besteht zwischen der breiten Masse der Bevölkerung und dem Staat noch eine weitgehende, allerdings aus den spezifischen Bedingungen des antikolonialen Befreiungskrieges des algerischen Volkes herrührende Identität, die nicht einseitig ist und freilich daher auch die Regierung zwingt, die Erwartungen der Massen zu berücksichtigen. Daß die breite Masse der algerischen Bevölkerung, im Gegensatz zu der Bevölkerung Abu Dabis bzw. Saudi-Arabiens, in ihrer Gesamtheit ein anderes Verhältnis zu den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften und zu den Ölkonzernen herbeigeführt hat, ist im wesentlichen auf ihre unmittelbaren Erfahrungen im antikolo-

nialen Befreiungskampf zurückzuführen. Diese wenigen Beispiele mögen verdeutlichen, daß die kollektive Entscheidung der OPEC-Staaten, den Ölpreis sprunghaft anzuheben, keineswegs durch die Legitimation ihrer Regierungen vor der eigenen Bevölkerung begründet werden kann. Diese Begründung gilt weder für alle OPEC-Länder, noch kann sie selbst einen Hinweis darauf geben, warum sie für Algerien zutrifft und für alle anderen OPEC-Länder nicht.

Die oben im einzelnen wie in ihrem Zusammenhang wiedergegebenen wichtigsten Argumente von Elsenhans reichen für die Erklärung der Rolle der Öleigentümerstaaten in ihrer Auseinandersetzung mit den Ölkonzernen und den entwickelten kapitalistischen Staaten nicht nur nicht aus, sondern sie sind auch, wie oben exemplarisch gezeigt wurde, nicht schlüssig. Nicht ausreichend deshalb, weil Elsenhans, ausschließlich von den außen- bzw. innenpolitischen, also nur von den *politischen* Beziehungen ausgehend, das Verhältnis der Öleigentümerstaaten zu den Ölkonzernen etc. einzuschätzen und zu beurteilen versucht. Und nicht schlüssig deshalb, weil er schon auf dieser methodischen Ebene keineswegs immanent vorgeht, sondern einzelne innen- bzw. außenpolitische Momente geschichtlich extrapoliert bzw. auf alle Öleigentümerstaaten verallgemeinert.

Selbst bei einer auf politischer Ebene angesiedelten immanenten Vorgehensweise hätten weder die politisch militärischen Beziehungen der entwickelten kapitalistischen Staaten zu den ölproduzierenden Staaten noch die politischen Beziehungen der Regierungen der letztgenannten Staaten zu ihren „unterprivilegierten Massen“ die geschichtliche Funktion der Öleigentümerstaaten wissenschaftlich begründen können. Die Einbeziehung der politischen Ebene in jede gesellschaftliche Analyse ist nicht nur wichtig, sondern unerlässlich, weil gerade auf dieser Ebene das Verborgene, empirisch also nicht Faßbare, offen in Erscheinung tritt. Von daher kann diese Ebene auch durchaus der Ausgangspunkt jeder gesellschaftlichen Analyse sein, wenn, davon ausgehend, in das innere Geheimnis, in die verborgene Grundlage der Gesellschaft vorgedrungen und schließlich der Prozeß erfaßt wird, der sich hinter dem Rücken aller Beteiligten durchsetzt. Anders allerdings, wenn die letztgenannte Ebene der Analyse gänzlich außer Acht gelassen und die Ebene der Erscheinungen die ausschließliche Grundlage der Betrachtung wird. Hier ist die erste Gefahr der Tautologie und damit der Erkenntnislosigkeit insofern bereits methodisch angelegt, als die Ebene der Erscheinungen nicht im Kontext von deren materiellen Grundlage, sondern von der letzteren abgehoben im Mittelpunkt der Betrachtung steht. Die eine Erscheinung wird durch die andere erklärt. So ist es auch nichts anderes als eine Tautologie, wenn Elsenhans die veränderte Rolle der Öleigentümerstaaten aus der Veränderung der *außen- bzw. innenpolitischen Rolle* dieser Staaten selbst ableiten will. Die eigentlichen Ursachen der außen- wie innenpolitischen Veränderungen eben dieser Staaten müssen zwangsläufig entweder gänzlich im Dunkeln bleiben oder aber aus sich selbst erklärt werden. Die zweite Gefahr der Vernachlässigung der Ebene der materiellen Basis der Gesellschaft und deren Veränderung besteht darin, daß die Erscheinungen ahistorisch, weil abgehoben von ihrer materiellen, damit also geschicht-

lichen Basis, in die Analyse mit einbezogen werden. So muß z.B. die in einem geschichtlichen Kontext nach 1955 notwendig gewordene außenpolitische Zuwendung Ägyptens zur Sowjetunion in der Konsequenz der Elsenhansschen Analyse als ausreichender Grund dafür herhalten, daß der außenpolitische „Handlungsspielraum“ der ölproduzierenden Staaten gerade in unserer Epoche grundlegend erweitert werden konnte, während Ägypten in der Gegenwart gerade wegen der Veränderungen der materiellen Basis der Gesellschaft den umgekehrten Weg einer außenpolitischen Orientierung schon längst eingeschlagen hat.

Die wissenschaftliche Alternative zu dem hier kritisierten Ansatz in dem hier behandelten konkreten Zusammenhang muß also auf jeden Fall die materielle Basis, d.h. also die Produktions- und Klassenverhältnisse der Öleigentümerstaaten und deren Veränderung, in die Analyse mit einbeziehen. Nur so ist es auch möglich, nicht nur die einzelnen Erscheinungen, wie z.B. die Gründung der OPEC, die unterschiedlichen Interessen und die Politik von deren Mitgliedsstaaten, und schließlich die kollektive Entscheidung der letzteren, den Öllistenpreis sprunghaft anzuheben, wissenschaftlich zu erklären und deren Zusammenhänge zu verdeutlichen, sondern auch die Bedeutung der OPEC-Staaten im Entwicklungsprozeß des Weltenergiemarktes der letzten Jahre einschließlich der Entstehung der internationalen „Energiekrise“ in ihrem wirklichen Ausmaß zu begreifen. Zur Vervollständigung sollen im folgenden die Resultate der mit diesem oben angedeuteten wissenschaftlichen Ansatz durchgeführten Untersuchungen zusammengefaßt wiedergegeben werden.

2.2 Exkurs zum Verhältnis der Öleigentümerstaaten zu den Ölkonzernen. Eine zusammenfassende Erklärung der „Energiekrise“ aus marxistischer Sicht

Die sprunghafte Anhebung des Ölpreises auf dem Weltmarkt hat die „Energiekrise“ im internationalen Umfang eingeleitet. Die eigentliche Frage ist allerdings, welche Bedingungen und Momente die so drastische Steigerung des Ölpreises verursacht haben. Waren es veränderte Bedingungen der Produktion oder vielmehr der Distribution auf dem Weltenergiesektor, die letztlich zur sprunghaften Anhebung des Ölpreises führten. Eine Antwort auf diese Frage setzt zunächst voraus, daß bei der Forschung wie in der Darstellung die Ebene des Arbeits- und Verwertungsprozesses auf dem Weltenergiemarkt von der Ebene der Distribution, d.h. also von der Ebene der Aufteilung der bei der Ölproduktion produzierten ungeheuren Extraprofitmasse zwischen den Öleigentümerstaaten, Ölkonzernen und ölverbrauchenden entwickelten kapitalistischen Ländern, getrennt wird.

Vollzieht sich die Verwertung der energieträgerproduzierenden Kapitale und der Wert- und Preisbildungsprozeß im 19. Jahrhundert im wesentlichen auf nationaler Ebene, so bilden sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa und in Amerika kontinentale Märkte heraus. Die Herausbildung des

Weltenergiemarktes vollzieht sich allerdings erst nach dem zweiten Weltkrieg. Auf den kontinentalen Energiemärkten wie auch auf dem Weltenergiemarkt in der Gegenwart stehen vor allem die kohle- und erdölproduzierenden Kapitale in einem unmittelbaren Konkurrenzverhältnis zueinander. Die kohleproduzierenden Kapitale in Westeuropa konkurrieren miteinander. Diese stehen andererseits mit den Kohleproduzenten in den USA in einem Konkurrenzverhältnis. Die US-Kohleproduzenten müssen aber ihrerseits mit den US-Ölproduzenten konkurrieren. Die in Venezuela, im Nahen und Mittleren Osten ölproduzierenden Kapitale konkurrieren wiederum sowohl mit den kohleproduzierenden Kapitalen in Europa wie mit den ölproduzierenden Kapitalen in den Vereinigten Staaten.

Die kohle- und ölproduzierenden Kapitale konkurrieren miteinander, ihre Verwertung ist also eine wechselseitig bedingte Verwertung, weil zwischen Kohle und Erdöl ein *Gebrauchswertzusammenhang* besteht und von daher beide Gebrauchswertformen im wesentlichen durch einander substituiert werden könne. Gerade deshalb ist der Wert- und Preisbildungsprozeß für die Produktion von verschiedenen Energieträgern, wenn auch noch nicht international, so doch zumindest kontinental, ein einheitlicher Prozeß. Der Wert, richtiger der Marktwert, und daher der Marktpreis der Energieträger wird im Gegensatz zur Sphäre der Industrie und wie in allen unmittelbar von der Natur abhängigen Sphären nicht durch die von den durchschnittlichen Kapitalen der Sphäre angewandte Arbeit, sondern durch die von den unproduktivsten Kapitalen angewandte Arbeit geregelt und bestimmt. Die unproduktivsten Kapitale in den unmittelbar von der Natur abhängigen Sphären sind in der Regel jene, die die ungünstigste Naturbasis der Produktion in der Sphäre anwenden (19). In der Sphäre der Energieproduktion sind gegenwärtig in der Regel die europäischen Kohlevorkommen die ungünstigsten Naturbasen der Produktion und das Erdöl im Nahen und Mittleren Osten ist der günstigste Energieträger. Dazwischen liegen die US-Kohle, das US-Erdöl und das venezuelanische Erdöl (20).

Da nun das Energiewert- bzw. Preisniveau in Europa durch den Wert bzw. den Preis der europäischen Kohle und in Amerika durch den Wert bzw. den Preis der US-Kohle reguliert und bestimmt wird, die von den Ölkonzernen in Venezuela, im Nahen und Mittleren Osten angewandte Arbeit wegen der besonderen Produktivität der Naturbasen vergleichsweise um ein Vielfaches geringer, damit auch die Produktionskosten bzw. der Kostpreis (variab-

-
- 19 Die spezifischen Gesetzmäßigkeiten der Verwertungsbedingungen des Kapitals, des Wert- und Preisbildungsprozesses in den unmittelbar von der Natur abhängigen Sphären hat Marx am Beispiel der agrikolen Sphäre abgeleitet und ausführlich dargestellt. Vgl. Marx, Karl: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Bd. III, Berlin (DDR) 1969, S. 627-821 (Sechster Abschnitt)
 - 20 Zur Anwendung der im Kapital III (sechster Abschnitt) dargelegten besonderen Gesetzmäßigkeiten der Produktion in den unmittelbar von der Natur abhängigen Sphären auf die internationale Sphäre der Energieproduktion, vgl. Massarrat, M.: Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus ... a.a.O., S. 219 ff.

les plus konstantes Kapital) und der „individuelle Wert“ (Kostpreis plus Durchschnittsprofit) des hier produzierten Erdöls um ein Vielfaches niedriger ist, werden in diesen letztgenannten Ländern neben den normalen Durchschnittsprofiten gewaltige Extraprofitmassen produziert (21). Ist es selbstverständlich, daß in der Gegenwart die Produktion von Energieträgern von verschiedenen Formen innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft, also auch in den ölproduzierenden Ländern der „Dritten Welt“, unter das Kapitalverhältnis subsumiert ist und vollzieht sich der Verwertungsprozeß auch bei der Produktion von Erdöl in den Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ unabhängig von den in diesen Ländern *vorherrschenden* Produktions- und Klassenverhältnissen, so ist für die Aufteilung der bei der Erdölproduktion erzielten Extraprofitmasse gerade die *Vorherrschaft* der vorkapitalistischen bzw. der kapitalistischen Produktionsweise von ausschlaggebender Bedeutung. Damit gelangen wir zu der zweiten Ebene der Analyse, zu der Ebene der Aufteilung des Mehrwertes in Profit (der Ölkonzerne) und Grundrente (der Öleigentümerstaaten).

Bis zum Ende der fünfziger Jahre waren die multinationalen Ölkonzerne in der Lage, in allen Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ fast mühelos gegen geringfügige „Steuern“ Konzessionen zur Erdölgewinnung und -vermarktung zu erhalten. Den Ölkonzernen, den „Seven Majors“, standen die zahllosen, miteinander um die Vergabe von Konzessionen konkurrierenden Ölgrundeigentümerstaaten der „Dritten Welt“ gegenüber. So waren die Ölkonzerne auch in der Lage, diesen Ölgrundeigentümerstaaten einen *Öllistenpreis* als Grundlage der Aufteilung des Extraprofits zu diktieren, der um ein Vielfaches niedriger war als der tatsächliche, auf den Weltmärkten auch wirklich realisierte Marktwert des Erdöls. Die Ölgrundeigentümerstaaten waren zwar juristisch aber keineswegs faktisch Grundeigentümer ihrer Ölquellen. Im internationalen Maßstab beherrschten die entwickelten kapitalistischen Staaten die Ölgrundeigentümerstaaten der „Dritten Welt“ nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch. Das Grundeigentum dieser Staaten war sozusagen unter das internationale Kapital subsumiert. Materialistisch kann dieses historische Verhältnis der entwickelten kapitalistischen Staaten zu den Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ (und zu allen rohstoffproduzierenden Staaten der „Dritten Welt“ überhaupt) durch die Herrschaft der historisch entwickelten kapitalistischen Verhältnisse über die unentwickelten, sprich vorkapitalistischen, Verhältnisse begründet und erklärt werden. Die politisch militärische Abhängigkeit der herrschenden Klassen der vorkapitalistischen Öleigentümerstaaten vom Imperialismus ist die Erscheinung, der empirisch erfäßbare Ausdruck und die besondere Form der Vermittlung der Herrschaft der geschichtlich entwick-

21 Logische Begründung und ausführliche empirische Darstellung der obigen Ausführungen vgl. ebenda und vor allem Massarat, M.: „Energiekrise“ und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft ... a.a.O. In der oben formulierten Zusammenfassung können freilich die notwendigen, in den hier angegebenen Schriften aber berücksichtigten, Differenzierungen nicht vorgenommen werden, soll diese Zusammenfassung lediglich gewährleisten, daß der Diskussionsstand und die alternativen wissenschaftlichen Ansätze zu der Fragestellung auch von jenen Lesern verfolgt werden kann, denen die Originalbeiträge unbekannt sind.

kelten Verhältnisse des letzteren über jene unentwickelten Verhältnisse der ersteren. Als vorkapitalistische Gesamtgrundeigentümer der Ölquellen erschien den herrschenden Klassen dieser Staaten der Bruchteil der Extraprofitmasse, der ihnen von den Ölkonzernen zugestanden wurde, als Tribut (22), auf dem ihre Macht seit eh und je beruhte. Die Tributmasse kann von der Sicht der vorkapitalistischen Grundeigentümerklasse nicht durch die qualitative Veränderung der Produktionsweise, sondern durch die quantitative Ausdehnung ihres Machtbereiches, also durch die Expansion, erweitert werden. So auch hier im Zusammenhang mit der Tributmasse bei der Ölproduktion, die nicht durch die Erhöhung des eigenen Anteils an der produzierten Extraprofitmasse, sondern nur durch die weitere Vergabe der Konzession für die weitere Ausbeutung der Ölvorkommen an das Kapital erweitert werden konnte. Die Folge war die Verschärfung der Konkurrenz unter den Ölgrundeigentümerstaaten und die bis in die sechziger Jahre anhaltende *relative* Senkung ihrer Tributmasse bzw. ihrer Grundrente.

Der Kampf um die Aufteilung der in den Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ produzierten Extraprofitmasse zwischen diesen und den Ölkonzernen erhält in dem Maße neue Akzente, wie die kapitalistischen Verhältnisse beginnen, sich in einigen wichtigen Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“, wie Iran, Venezuela, Irak, Saudi-Arabien, durchzusetzen. Die Veränderung der geschichtlich materiellen Verhältnisse dieser Länder mußte längerfristig notwendig auch zur Veränderung ihres Verhältnisses zu den entwickelten kapitalistischen Staaten führen. Die herrschenden Klassen der ölproduzierenden Staaten hören mit der dort eingeleiteten kapitalistischen Entwicklung einerseits auf, die Öleinnahmen wie bisher als bloßen Reichtum, als bloßes Revenue, zu betrachten und sie auch als solches zu verausgaben, gehen also allmählich dazu über, die Einnahmen in Kapital zu verwandeln (23). Das Bewußtsein darüber, daß sie andererseits als Grundeigentümer der Ölquellen das Monopol der günstigsten Naturbasen der für den Produktionsprozeß auf dem Weltmarkt insgesamt so wichtigen Energieträger besitzen, wächst in dem Maße, wie sie einen Einblick in die Zusammenhänge der Kapitalverwertung im allgemeinen und bei der Ölproduktion im besonderen erhalten, sich also gemäß ihrem gewandelten Bewußtsein auch als bürgerliche Grundeigentümer verhalten.

Die kapitalistische Entwicklung in den wichtigsten Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ verändert zugleich auch den vorkapitalistischen Charakter ihres Grundeigentums an den Ölquellen und versetzt ihre herrschenden Klassen in die Lage, ihr Eigentumsmonopol an den Ölquellen faktisch als ökonomischen Hebel der Aneignung eines immer größer werdenden Teils der bei der Ölproduktion erzielten Extraprofitmasse gegenüber den internationalen Einzelkapita-

22 Tribut ist eine spezifische, für die „asiatischen“ Gesellschaften typische Form der vorkapitalistischen Grundrente.

23 Ernest Mandel hat zu Recht in diesem Zusammenhang auf die Entstehung eines neuen und selbständigen arabisch-iranischen Finanzkapitals hingewiesen. Vgl. dazu: Mandel, Ernest: An Arab and Iranian Finance Capital Emerges, in: International Press Correspondence, No 10, Oct. 1974, S. 12

len oder schließlich gar die gesamte Extraprofitmasse in Grundrente zu verwandeln und diese anzueignen (24). Doch konnte die kapitalistische Entwicklung in den genannten Staaten keineswegs automatisch dazu führen, das Eigentumsmonopol an Ölquellen als ökonomischen Hebel der Umverteilung des Extraprofits voll einzusetzen, berücksichtigt man auf der anderen Seite, daß den Ölgrundeigentümerstaaten die ölproduzierenden internationalen Einzelkapitale (die Ölkonzerne) fast geschlossen gegenüberstanden und über entwickelte institutionelle Voraussetzungen und ausreichende politische Macht verfügten, auf die sie sich jederzeit zu stützen in der Lage waren. Um ihr Eigentumsmonopol an Ölquellen als solches zu verwirklichen, die zwischen ihnen tatsächlich vorhanden gewesene Konkurrenz als Grundeigentümer also auszuschalten, mußten die Öleigentümerstaaten ihrerseits die notwendigen institutionellen Voraussetzungen herstellen, sich also in der OPEC zusammenschließen, um so der schon längst bewährten Monopolmacht der Ölkonzerne ihre ökonomisch entwickelte und politisch institutionalisierte eigene Monopolmacht entgegenzusetzen. Darin besteht auch in der Tat die historisch objektive Funktion der Gründung der OPEC im Jahre 1960 (25), die sich auch tatsächlich als die unerläßliche institutionelle Voraussetzung dafür erwiesen hat, durch die sprunghafte Anhebung des Öllistenpreises gegen Ende 1973 eine grundlegende Veränderung im Verhältnis der Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ zu den entwickelten kapitalistischen Staaten und der Ölkonzerne zugunsten der ersten herbeizuführen.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, soll hier auf den Stellenwert einiger empirischer Abweichungen von unserer oben angeführten Begründung hingewiesen werden. Man könnte mit Recht gegen unsere Analyse argumentieren, daß keineswegs in allen in der OPEC organisierten Staaten, wie z.B. in den arabischen Emiraten, in Libyen und in Algerien, bereits kapitalistische Produktionsverhältnisse vorherrschen. Aus der Mitgliedschaft dieser Staaten in der OPEC kann auch in der Tat nicht geschlossen werden, daß in allen diesen Staaten die Produktion in gesellschaftlichem Maßstab bereits unter das Kapitalverhältnis subsumiert ist. Entscheidend in unserer Analyse sind auch daher

-
- 24 Damit ist aber jenes Verhältnis zwischen Kapital und Grundeigentum (zumindest partiell) im Weltmaßstab reproduziert, das Marx auf nationaler Ebene der europäischen Länder des 19. Jahrhunderts als Verhältnis von Kapital und bürgerlichem Grundeigentum, in dem das Grundeigentum als Gegensatz und Schranke des Kapitals erscheint, konstatierte. Vgl. dazu: Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (DDR) 1953, S. 187 ff. Ferner: Das Kapital, Bd. III ... a.a.O. (Sechster Abschnitt). Zur logischen Begründung und Darstellung der Reproduktion des Gegensatzes von Grundeigentum und Kapital auf dem Weltmarkt vgl.: Massarrat, M.: Hauptentwicklungsstadien der kapitalistischen Weltwirtschaft. Erscheint 1976 bei Verlag Andreas Achenbach. Hierzu insbesondere Zweiter Teil, Abschnitt IV.
- 25 Das von Elsenhans angeführte „Abbröckeln der Weltmarktpreise (gemeint sind Öllistenpreise) 1956/1960“ als die eigentliche Ursache der Gründung der OPEC, vgl. Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 21, mag allenfalls der Anlaß gewesen sein, keineswegs aber die eigentliche Ursache.

keineswegs die Produktionsverhältnisse in jedem einzelnen OPEC-Land, sondern vielmehr der bürgerliche Charakter der OPEC, deren wirklich materielle Basis nicht die arabischen Emirate, sondern gerade die entwickeltsten Öleigentümerstaaten sind und deren Funktion darin besteht, das Eigentumsmonopol aller Öleigentümerstaaten als Hebel der Verwandlung der produzierten gewaltigen Extraprofitmasse in die kapitalistische Grundrente anzuwenden. Daß die arabischen Emirate, in denen heute noch unentwickelte vorkapitalistische Verhältnisse vorherrschen, sich dennoch der OPEC anschließen und einer Entwicklung folgen, die nicht von ihnen eingeleitet wurde, ist für sie zwangsläufig.

Algerien und Libyen, wo kapitalistische Produktionsverhältnisse noch keineswegs vorherrschen, stellten innerhalb der Öleigentümerstaaten nicht nur aus politischen Gründen, sondern – zumindest im Falle Algeriens – durchaus aus ökonomischer Einsicht schon immer (Libyen nach dem Putsch der jungen Offiziere unter Ghadafi) radikale Forderungen. Sie waren allerdings isoliert und ihre radikalen Forderungen gegen die Ölkonzerne blieben erfolglos, solange in den übrigen und sehr wichtigen Öleigentümerstaaten die Entwicklung der materiellen Verhältnisse und der diesen adäquaten Bewußtseinsformen den qualitativen Sprung noch nicht herbeigeführt hatte. Die historischen Parallele für die objektive Funktion von Algerien und Libyen in noch deutlicherer Erscheinungsform ist die bürgerlich radikale Regierung Irans unter Mossadegh, die schon 1951 nicht nur radikale Forderungen stellte, sondern die radikalsten Maßnahmen gegen die Ölkonzerne, nämlich die Verstaatlichung der gesamten Ölindustrie, durchführte. Gerade weil aber die übrigen Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ sich ihrer wirklichen Macht als Ölgrundeigentümer noch weitgehend nicht bewußt waren, sich von daher nicht einmal aus ihrem eigenen Interesse heraus mit den Maßnahmen der iranischen Regierung solidarisierten, mit dem Iran als Ölgrundeigentümer eher konkurrierten, indem sie den Ölkonzernen noch günstigere Konzessionen als der Iran anboten, hatten die Ölkonzerne ein ziemlich leichtes Spiel, durch den Abnahmeboykott des iranischen Erdöls einerseits eine Finanzkrise der iranischen Regierung heraufzubeschwören und andererseits durch den Komplott mit der inneren Reaktion die Regierung Mossadeghs zu stürzen und die alten politischen Verhältnisse in ihrem Sinne wiederherzustellen.

Weder kann die kapitalistische Entwicklung in einem einzigen Öleigentümerland eine Organisation wie die OPEC hervorrufen, die auch in der Lage ist, die bei der Ölproduktion in allen Staaten produzierten Extraprofite in die kapitalistische Grundrente zu verwandeln, noch müssen alle in einer solchen erfolgreichen Organisation zusammengeschlossenen Länder kapitalistisch sein. Wichtig für die Erfüllung des historischen Auftrags der OPEC ist, daß sie der institutionelle Ausdruck jener kapitalistischen Entwicklung ist, die sich in einer immer größeren Anzahl von OPEC-Staaten durchsetzt (26). Nur die Verän-

26 Diese Differenzierung scheint uns insofern unerlässlich, als man sonst annehmen könnte, daß, mit einzelnen Beispielen von Öleigentümerstaaten, in denen kapitalistische Verhält-

derung der materiellen Verhältnisse ihrer Gesellschaften kann auch erklären, weshalb das saudi-arabische Regime als Promotor der OPEC fungiert und das reaktionäre iranische Regime bei dem Kampf um die Aufteilung der Extraprofitmasse und deren Verwandlung in Grundrente sogar in die vorderste Front rückt. Keineswegs kann jedoch die Rolle der letztgenannten Regime auf deren Rücksichtnahme auf die „unterprivilegierten Massen“ ihrer Länder zurückgeführt werden.

Von der Veränderung der materiellen Verhältnisse der Gesellschaften der Öleigentümerstaaten und von dem Bewußtseinswandel der herrschenden Klassen dieser Staaten ausgehend, kann der tatsächliche Stellenwert der von Elsenhans erwähnten Einzelbeispiele für die Erklärung der „Erweiterung der Handlungsspielräume“ der Öleigentümerstaaten erst ins rechte Licht gerückt werden. So mögen dann Erscheinungen wie die Zuwendung Ägyptens zur Sowjetunion, die Verstaatlichung des Suez-Kanals, die Verschärfung der Konkurrenz unter den Ölkonzernen durch die „unabhängigen Ölgesellschaften“, das Abbröckeln der Öllistenpreise etc. den von uns analysierten Wandel im Verhältnis der Öleigentümerstaaten (des Grundeigentums) zu den Ölkonzernen (zum Kapital) im Weltmaßstab allenfalls beschleunigt haben. Von dem tatsächlich sich vollziehenden Prozeß abgehoben, erscheinen diese von Elsenhans zur Begründung aufgeführten einzelnen Momente notwendig als willkürlich aufgegriffene, denen man ebenso willkürlich andere, die gegenläufige Tendenz aufweisende entgegensetzen könnte.

Doch nicht nur das. Da die Veränderung der Produktions- und Klassenverhältnisse in den Öleigentümerstaaten als die eigentliche Ursache des Wandels des Verhältnisses dieser Staaten zu den Ölkonzernen und zu den entwickelten kapitalistischen Staaten gänzlich unberücksichtigt bleibt, wird bei Elsenhans weder die eigentliche Bedeutung der Funktion der OPEC-Staaten bei der internationalen „Energiekrise“ klar, noch kann er erkennen und begründen, daß gerade die OPEC-Staaten es sind, die mit der längerfristigen Zielsetzung der Verwandlung der gesamten bei der Ölproduktion produzierten Extraprofitmasse in Grundrente durch schrittweise Erhöhung ihres formal festgelegten Gewinnanteils, durch weitere Erhöhung des Listenpreises, durch Konzessionsentzug und schließlich durch Verstaatlichung der Ölproduktion die Ölkonzerne jeglichen Anreizes berauben und sie zur Rückverlagerung der Energieproduktion in die entwickelten kapitalistischen Länder zwingen. So ist es auch keineswegs verwunderlich, daß Elsenhans und auch Tibi der „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne, als zwangsläufige Folge der wachsenden Macht der Öleigentümerstaaten, bei ihrer Analyse der „Energiekrise“ eine wesentlich größere Bedeutung beimessen als den OPEC-Staaten selbst.

nisse noch nicht vorherrschen, die von uns konstatierte und bei der Analyse als die eigentliche Ursache der „Energiekrise“ zugrundegelegte allgemeine Tendenz der kapitalistischen Entwicklung in den OPEC-Staaten in Frage gestellt würde.

2.3 Die „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne und die „Energiekrise“

Die Rückverlagerung der Produktion von einigen Rohstoffen, einschließlich Energieträgern, in die entwickelten kapitalistischen Länder, in denen diese auch vorkommen, hat tatsächlich nach dem zweiten Weltkrieg und vor allem in den sechziger Jahren stark zugenommen (27). Eine Beschäftigung mit der realen Entwicklung der Rückverlagerung der Energieproduktion in die entwickelten kapitalistischen Länder an dieser Stelle ist insofern unvermeidlich, als Elsenhans und Tibi davon ausgehen, daß die Ölkonzerne, von ihren „strategischen“ Zielsetzungen ausgehend, diese Entwicklung überhaupt eingeleitet hätten. Die Strategie der Ölkonzerne begründet Elsenhans wie folgt:

„Die zunehmende Einigkeit der Förderländer, insbesondere jedoch die Einsicht, daß sich unter dem Gesichtspunkt der von den Konzernen innerhalb der kapitalistischen Industrieländer zu befolgenden Regeln der Akkumulation in jedem unterentwickelten Förderland von neuem die gleiche Konfliktkonstellation ergeben müsse, hat die Konzerne auf die Politik der Rückverlagerung der Ölsuche in die kapitalistischen Metropolen orientiert.“ (28)

Diese Strategie der Ölkonzerne war allerdings mit zwei wichtigen Problemen verbunden, deren Lösung die notwendige Bedingung ihrer erfolgreichen Durchführung bildete. Auf der einen Seite erfordert „die Tendenz zur Rückverlagerung der Rohstoffproduktion auf dem Energiesektor in die Metropolen (...) zunächst einen hohen Kapitalbedarf, so daß die Konzerne ihren Akkumulationsfonds vergrößern mußten“ und auf der anderen Seite können „fast alle alternativen Öle und Energieträger (...) zumindest kurz- und mittelfristig nur mit höheren Betriebskosten für die Konzerne profitabel gefördert werden.“ (29)

Diese beiden Probleme konnten gelöst und die notwendigen Bedingungen erfüllt werden, indem der Öllistenpreis stark angehoben wurde. Denn durch die sprunghafte Erhöhung des Öllistenpreises waren die Ölkonzerne auf der einen Seite in der Lage, die Differenz zwischen den im Nahen und Mittleren Osten produzierten Produktionskosten des Erdöls und dem Listenpreis desselben auf dem Weltenergiemarkt, und damit den Anteil ihres Extraprofits, erheblich steigern und so die für die Vorfinanzierung der „Rückverlagerungsstrategie“ der Energieproduktion in die „Metropolen“ notwendige „Kapitalmasse“ bereitstellen. Und auf der anderen Seite war es den Ölkonzernen erst

27 Auf diese Tendenz weist bereits Ernest Mandel: *Der Spätkapitalismus*, Frankfurt/M. 1972, S. 59 f. hin. Mandel begründet allerdings diese Entwicklung mit steigendem Lohnanteil bei der Rohstoffproduktion in den Ländern der „Dritten Welt“ und dem durch die Anwendung von teurer Maschinerie verursachten wachsenden Risiko. Eine Auseinandersetzung mit dieser These Mandels, vgl.: Massarrat, M.: *Crise de l'énergie ou crise du marche mondial capitaliste* (Suite), in: *Critiques de l'économie politique*, Paris 1976, Nr. 22

28 Elsenhans, Hartmut: *Erdöl für Europa ... a.a.O.*, S. 18

29 Ebenda, S. 19

auf der Grundlage eines wesentlich höheren Ölpreises möglich, bei der Anwendung der in den „Metropolen“ vorkommenden ungünstigsten Naturbasen der Energieträger und bei den deswegen um ein Vielfaches höheren Produktionskosten überhaupt einen Profit zu erzielen.

Elsenhans läßt vor dem Hintergrund des oben angeführten Argumentationszusammenhanges keinen Zweifel daran, daß die Erhöhung des Öllistenpreises in der strategischen Konzeption der Ölkonzerne angelegt war und daß sie auch von diesen schließlich durchgesetzt würde, um so die Rückverlagerung der Produktion von Energieträgern in die „Metropolen“ zu ermöglichen:

„Wenn die Preise im Interesse einer langfristigen Rückverlagerung der Rohstoffquellen in die kapitalistischen Industrieländer steigen sollten, so mußten die USA und die Konzerne versuchen, in diesem Prozeß politisch jene Regime zu stärken, die in der Phase bis zum Ausbau der Förderung in den kapitalistischen Industrieländern zur Kooperation bereit waren.“ (30)

Obwohl aus den Ausführungen Elsenhans partiell gefolgert werden kann, daß die Ölpreiserhöhung keineswegs die geeignete Lösung für die Durchführung der „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne ist (31), ist seine Begründung der Ölpreiserhöhung als notwendiger ökonomischer Hebel für die Durchführung der „Rückverlagerungsstrategie“ der Konzerne die absolut dominierende These (32). So wird diese seine Begründung der Ölpreissteigerung auch von Tibi verstanden:

„Man kann das Maß an Zynismus dieser Erdölindustrie-Propaganda (gegen die OPEC-Länder, M.M.) erkennen, wenn man weiß, daß die Peripherie-Länder selbst bei ihrem Verlangen nach höheren Abgaben von den Erdölkonzernen nur Schachfiguren der von den amerikanischen Konzernen betriebenen Strategie der Steigerung des Erdölmarktpreises waren. Denn diese Verteuerung ist die wichtigste Voraussetzung der langfristigen amerikanischen Strategie einer *Rückverlagerung der Energiequellen* in die kapitalistische Metropole: die USA.“ (33)

Tibi, dem es in seinem Beitrag im wesentlichen darum geht, die „Dreiecksbeziehungen“ zwischen den „vorwiegend amerikanisch beherrschten Internationalen Mineralölkonzernen; (...) die Metropolen: (...) und drittens die Förderländer“ *politökonomisch* zu analysieren (34), begründet die „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne mit der Notwendigkeit, die immer stärker werdende Abhängigkeit der Energieversorgung der USA vom nahöstlichen Erdöl zu verhindern. Denn die USA, so Tibi, könnten ihrer größeren Abhängigkeit von den Nahoststaaten nicht durch die stärkere Anwendung der alternativen Energieträger, auch nicht durch die Erschließung der Ölfunde in Alaska und im Nordpolargebiet, entgegenwirken, da die Produktionskosten des Erdöls bzw. der alternativen Energieträger in den „Metropolen“ in jedem Falle im Vergleich zu den Förderkosten des

30 Ebenda, S. 23

31 So z.B. an folgender Stelle: „Würde die politische Entscheidung, teureres, aber politisch sicheres Erdöl zu erschließen, über die Erhöhung der Gewinnspannen der Konzerne finanziert, hätte dies zur Folge, daß ein Teil der zusätzlichen Gewinne den OPEC-Ländern überlassen werden muß.“ Ebenda, S. 24

32 So z.B. ebenda, S. 18, 19 und 87. Ferner Elsenhans, Hartmut: Aus der Ölkrise zu einer europäischen Entwicklungspolitik, in: Leviathan, Bd. 2 (1974) Heft 1, S. 14 f. und 17.

33 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 135 f.

34 Ebenda, S. 125 ff.

nahöstlichen Erdöls zu hoch seien (35). Ihre tendenziell stärker werdende Abhängigkeit könnten die USA allerdings nur dann aufhalten:

„wenn die Weltmarktpreise für Erdöl künstlich in die Höhe getrieben werden. Dies ist allerdings eine sehr langfristige Perspektive. Jedenfalls haben die Ölkonzerne und die Herkunftsmetropole, die USA, diese Perspektive entwickelt und damit begonnen, sie zu praktizieren.“ (36)

Einige Erscheinungen scheinen in der Tat dieser von Elsenhans und Tibi formulierten und in der linksbürgerlichen Öffentlichkeit sehr weit verbreiteten Begründung (37) Recht zu geben. Denn erstens stiegen die Profite der Ölkonzerne nach der Erhöhung des Öllistenpreises tatsächlich um ein Vielfaches (38), die Ölkonzerne erhielten zweitens in der Tat dadurch kräftige Finanzspritzen, um die Produktion von Erdöl auf der Basis von wesentlich ungünstigeren Ölquellen in der Nordsee, in den USA etc. vorzufinanzieren, und drittens sind die Ölkonzerne durch die Anhebung des Öllistenpreises auf ca. 11 \$ pro Barrel auch wirklich in die Lage versetzt worden, Energieträger auch aus den ungünstigsten Naturbasen in den entwickelten kapitalistischen Ländern, z.B. in der Nordsee, profitabel zu produzieren (39). Doch stellt sich hier die Frage, ob aus diesen Tatsachen, wie Elsenhans und Tibi es tun, der Schluß gezogen werden kann, daß die Ölkonzerne es waren, die, mit der „Rückverlagerung“ der Produktion von Energieträgern in die „Metropolen“, den Ölpreis künstlich erhöht haben, um eben diese oben geschilderte Entwicklung einzuleiten. Bei aller scheinbaren Logik, die sich nur aus dem additiven Nebeneinandersetzen der oben aufgezählten Erscheinungen ergibt, kann ein solcher Schluß wissenschaftlich nicht begründet werden.

Weder kann die Rückverlagerung der Ölkonzerne in die entwickelten kapitalistischen Länder mit der Absicht, die dort vorhandenen ungünstigsten Naturbasen für die Produktion von Energieträgern anzuwenden, aus der Logik der Kapitalverwertung und der Eigendynamik der Einzelkapitale abgeleitet werden, noch kann die sprunghafte Anhebung des Öllistenpreises mit den Interessen der nationalen Gesamtkapitale der entwickelten kapitalistischen Länder in Einklang gebracht werden (40).

35 Ebenda, S. 142

36 Ebenda

37 Ähnlich begründete die Ölpreissteigerung auch Gerhard Bott in einer am 10.4.1974 ausgestrahlten ARD-Sendung: Die Sieben Schwestern beherrschen die Welt.

38 Die Ölkonzerne konnten z.B. ihren Gewinnanteil von 1,04 (Juni 1973) auf 4,28 \$/Barrel (Januar 1974) erhöhen. Vgl. dazu: Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 38. Detaillierte Angaben über die Entwicklung der Netto-Einkommen der Ölkonzerne vgl. auch: Annual Statistical Bulletin 1974, herausgegeben von OPEC, Wien 1975, S. 162 f. Von daher folgert auch B. Tibi: „Die großen Gewinner der ‚Energiekrise‘ waren die Großen Sieben, die eine Gewinnexplosion verzeichnen konnten: einen Gewinnzuwachs zwischen 23% und 91%“, Tibi, Bassam: Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 146

39 So können die allerdings beschränkten Ölquellen in der Nordsee bei einem Weltmarktpreis von 10–11 \$/Barrel auf der Grundlage der gegenwärtigen Berechnungen voraussichtlich sogar mit Extraprofiten von 3–5 \$/Barrel produziert werden. Vgl. dazu: Die Zeit vom 15.8.1975.

40 Eine solche Begründung setzt allerdings zunächst einmal voraus, daß zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital präzise unterschieden wird. Diese notwendige Differenzierung wird jedoch weder von Elsenhans noch von Tibi unternommen.

Dies soll auf den beiden Ebenen der Einzel- wie der Gesamtkapitale im folgenden näher begründet werden:

Unbestreitbar ist die Tatsache, daß die ölproduzierenden Einzelkapitale in den Öleigentümerstaaten des Nahen und Mittleren Osten jahrzehntelang unvergleichbar hohe Extraprofite erzielt haben. Die „Rendite“ des auf dem Ölsektor in den Ländern der „Dritten Welt“ investierten US-Kapitals ist zwischen 1950-1970 um ein Fünf- bis Zehnfaches höher als die des auf demselben Sektor in den entwickelten kapitalistischen Ländern investierten US-Kapitals (41). Die Ölkonzerne waren auch deshalb in der Lage, in den Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ hohe Extraprofite einzuheimsen, da in diesen Staaten die Produktionskosten (der Kostpreis) des Erdöls im Vergleich zu jenen in den entwickelten kapitalistischen Ländern um ein Vielfaches niedriger waren, der Weltmarktpreis desselben aber, wie in Abschnitt 2.2 begründet wurde, ein einheitlicher Preis war – und immer noch ist – (42). Die beachtliche Differenz zwischen den Produktionskosten des Erdöls in den Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ und dessen *Weltmarktpreis* (Preisgrundlage der Extraprofitaufteilung) wurde zum Teil von den Ölkonzernen als Extraprofit und zum Teil von den Öleigentümerstaaten als Grundrente angeeignet. Die zu erwartenden hohen Extraprofite in Venezuela, Mexiko und vor allem in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens waren auch historisch die eigentliche Ursache der internationalen Bewegung der öl- bzw. energieträgerproduzierenden US-amerikanischen und europäischen Einzelkapitale und die Ursache der hierdurch hervorgerufenen Verlagerung der Energieträgerproduktion in die obengenannten Länder der „Dritten Welt“.

Nun würde die „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne offensichtlich der längerfristigen Verwertung von deren Kapitalen und damit der Logik ihrer Bewegung gänzlich widersprechen, würde man den Ölkonzernen unterstellen, die Rückverlagerung freiwillig betrieben zu haben. Denn die freiwillige Rückverlagerung der Produktion von den besonders günstigen Naturbasen der Energieproduktion in den Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ nach Europa (Nordsee), Kanada und den USA, wo also nur die weniger günstigen bzw. die ungünstigsten Naturbasen der Energieproduktion vorkommen, bedeutet für die Einzelkapitale bzw. Ölkonzerne der freiwillige Verzicht auf die immensen in den OPEC-Staaten angeeigneten Extraprofite und es bedeutet ferner einen Rückgriff auf die Naturbasen, bei deren Anwendung die Einzelkapitale, wenn überhaupt, in der Regel gerade einen Durchschnittsprofit produzieren und realisieren können. Von der Logik der Kapitalverwertung ausgehend, haben die Ölkonzerne keinen Anlaß, freiwillig auf die Ausbeutung der besonders günstigen Ölquellen zu verzichten. Ganz im Gegenteil. Sie würden alles daran setzen müssen, den Rückzug so lange wie möglich zu verschieben, falls sie seitens der Öleigentümerstaaten dazu gezwungen würden. Nicht an der Rückverlagerung der Produktion von Energieträgern in die „Metropolen“, sondern

41 Vgl. dazu Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Wochenbericht 22/72, S. 200

42 Vgl. dazu die Tabelle 3 in Abschnitt 2.4.

an der Anhebung des Ölpreises haben die ölproduzierenden Einzelkapitale ein unmittelbares Interesse, solange diese an der bei der Produktion von Erdöl in den Ländern der „Dritten Welt“ anfallenden Extraprofitmasse partizipieren können. Und sind sie tatsächlich auch in der Lage, autonom den Ölpreis drastisch anzuheben, dann haben sie aber auch nicht den geringsten Anlaß, die Strategie der Rückverlagerung der Energieproduktion in die „Metropolen“ anzustreben.

In ihren Beiträgen erklären Elsenhans und Tibi die sprunghafte Ölpreissteigerung keineswegs ausgehend von der Verwertungslogik der Einzelkapitale (der Ölkonzerne), sondern sie erklären umgekehrt die Ölpreissteigerung aus der Notwendigkeit der „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne.

Indem Elsenhans die Ölpreissteigerung durch die Notwendigkeit der Finanzierung der „Rückverlagerungsstrategie“ erklärt (43), erscheint nicht mehr die höchstmögliche Kapitalverwertung, sondern die Rückverlagerung der Produktion selbst als gegenwärtiger Zweck der Produktion von Energieträgern durch die Ölkonzerne.

Ebenso ist die Politik der Ölkonzerne nach Tibi nicht durch die Verwertungsbedingungen ihrer Kapitale bestimmt, sondern sie orientiert sich daran, wie die USA ihre Abhängigkeit vom Nahostöl verringern können (44).

Nun könnte man argumentieren, daß die Bewegung der Einzelkapitale – und in diesem konkreten Zusammenhang damit die Politik der Ölkonzerne – nicht unbedingt und ausschließlich aus den spezifischen Verwertungsbedingungen ihrer selbst, sondern durch die Verwertungsbedingungen des Gesamtkapitals zu erklären sei. Der Nationalstaat ist auch in der Tat in der Lage, unter bestimmten Bedingungen die Bewegung und die Politik der Einzelkapitale im Interesse des nationalen Gesamtkapitals zu regulieren und zu verändern. Die Frage ist allerdings, welches nun die wirklichen Interessen der nationalen Gesamtkapitale, insbesondere des US-Gesamtkapitals, sind, die eine Rückverlagerung der Produktion von Energieträgern in die „Metropolen“ und die für diese Strategie notwendige gewaltige Anhebung des Ölpreises erforderlich machen? Entweder die unmittelbar ökonomischen oder aber politischen Interessen der nationalen Gesamtkapitale der entwickelten kapitalistischen Länder müssen die Notwendigkeit der Anhebung und die, wie auch immer geartete, Durchsetzung des Öllistenpreises begründen. Die reale Entwicklung nach der sprunghaften Anhebung des Öllistenpreises beweist ganz deutlich, daß die nationalen Gesamtkapitale der entwickelten kapitalistischen Länder alles andere als unmittelbare ökonomische Interessen an der Anhebung des Öllistenpreises haben konnten. Denn gerade durch die Anhebung des Öllistenpreises waren die OPEC-Staaten, ausgehend von diesem angehobenen Preisniveau, in der Lage, eine in der Geschichte so einmalige Umverteilung der auf dem Weltenergiesektor produzierten Extraprofitmasse mit einem Schläge zu ihren Gunsten herbeizuführen. Die unmittelbare Folge der Umverteilung dieser Extraprofitmasse für die entwickelten kapitalistischen Staaten waren

43 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 18 u. 23

44 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 142

Währungskrisen und Leistungsbilanzdefizite (45). Eine nähere Betrachtung beweist, daß gerade das US-Gesamtkapital, nach Tibi als die „Hauptmetropole“ der Ölkonzerne (46) und folglich als Hauptinitiator, damit also auch als Hauptnutznießer der Ölpreissteigerungen von der Umverteilung zugunsten der OPEC-Staaten keineswegs weniger betroffen ist als die übrigen OECD-Länder (47).

Können die Interessen der nationalen Gesamtkapitale der entwickelten kapitalistischen Länder nicht ökonomisch begründet gewesen sein, so müssen ihre politischen Interessen derart überwogen haben, daß es sich für sie lohnte, selbst eine durch die Anhebung des Öllistenpreises hervorgerufene erhebliche Beschneidung ihres nationalen Akkumulationsfonds, daher der entsprechenden Senkung der Durchschnittsprofirate ihrer nationalen Gesamtkapitale in Kauf zu nehmen. Diese politischen Interessen sind nach Elsenhans die Anwendung der Ölverkommen, die „im Bereich der politischen Souveränität der kapitalistischen Länder“ liegen (48), und nach Tibi die Verhinderung der stärkeren Abhängigkeit der USA von den Ölquellen der Länder der „Dritten Welt“ (49). Die Rückverlagerung der Energieproduktion in die „Metropolen“ sollte im Dienste eben dieser politischen Interessen der entwickelten kapitalistischen Staaten erfolgen. Hier drängt sich aber unweigerlich die Frage auf, weshalb diese „Rückverlagerungsstrategie“ über einen Umweg und vermittelt Anhebung des Öllistenpreises durchgesetzt werden mußte, die zunächst und auf jeden Fall eine Umverteilung der auf dem Weltenergiesektor produzierten Extraprofitmasse zugunsten der Öleigentümerstaaten der „Dritten Welt“ zur Folge hatte. Denn mit der unmittelbaren Subventionierung der Ölkonzerne zwecks Vorfinanzierung hätten die entwickelten kapitalistischen Staaten ebenso die Rückverlagerung der Energieproduktion in den „Bereich der eigenen politischen Souveränität“ erreichen können, wie die westeuropäischen Gesamtkapitale durch die Subventionierung ihrer Kohlenproduktion bisher auch tatsächlich verhindern konnten, daß diese Sphäre der Produktion aus dem Bereich ihrer politischen Souveränität gänzlich verschwindet (50). Mit der unmittelbaren Subventionierung der Rückverlagerung der Ener-

45 Für das Jahr 1974 allein haben die Mehrausgaben von 59 Mrd. \$ für die OECD-Länder insges. einen Leistungsbilanzdefizit von -37,50 entstehen lassen. „Die Zeit“ vom 10.1.1975. Vgl. auch Rummert, Hans-Joachim: Die Ölpreiserhöhungen 1973/74 in ihren Auswirkungen auf die Einkünfte der Förderländer und den Devisenbedarf der Verbraucherländer, in: Glückauf 110 (1974) Nr 10, S. 406 ff. Ferner eine ausführliche und kritische Analyse des währungsproblematischen Aspektes der „Energiekrise“ von Busch, Klaus: EG-Integrationsprozeß in der Krise, in: Links Nr 66, Mai 1975, S. 14 f.

46 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 129

47 Die Mehrausgaben der USA für importiertes Öl nach der „Energiekrise“ betragen allein für das Jahr 1974 fast 15 Mrd. und damit 25% der von den OECD-Ländern insgesamt zu tragenden Mehrkosten. Vgl. dazu: Die Zeit vom 10.1.1975.

48 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 18

49 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 142

50 Tatsächlich haben die westeuropäischen Nationalstaaten Großbritannien, Frankreich und BRD nicht nur durch direkte Subventionierung bzw. durch Verstaatlichung ihrer nationalen Basen der Energieproduktion diese vor der Konkurrenz des Erdöls auf dem

gieproduktion in die „Metropolen“ durch die Nationalstaaten, die „Heimatländer der Ölkonzerne“, hätte zwar eine nationale Umverteilung der produzierten Wertmasse zugunsten der nationalen Energiesphäre stattgefunden, zugleich aber vermieden werden können, daß deswegen eine internationale Umverteilung der auf dem Energiesektor produzierten Wertmasse zugunsten der OPEC-Staaten stattfindet. Es zeigt sich also, daß die Nationalstaaten der entwickelten kapitalistischen Staaten über ganz andere, für sie noch bedeutend bessere und zum Teil auch in Westeuropa praktizierte Möglichkeiten verfügen, um die Energieproduktion in den Bereich ihrer politischen Souveränität zurückzuverlagern, als gerade über die Ölpreissteigerung. Hinzu kommt noch, daß das, was Elsenhans, und insbesondere Tibi, als politische Ziele der „Metropolen“ für die Begründung der Ölpreissteigerung vorgeben, nach der Ölpreissteigerung gar nicht eingetreten ist. Die Abhängigkeit der westeuropäischen Staaten sowie der USA vom OPEC-Öl ist nach der Ölpreissteigerung und nach der so verursachten internationalen „Energiekrise“ sogar noch gestiegen, obgleich die USA selbst damals noch der größte Energieträgerproduzent der Welt waren (51). Die Anhebung des Öllistenpreises kann also weder logisch noch historisch aus den ökonomischen bzw. politischen Interessen der nationalen Gesamtkapitale der „Metropolen“ abgeleitet werden. Wenn Elsenhans und Tibi dies dennoch tun, so muß zumindest erwartet werden, daß sie im Sinne der immanenten Logik der eigenen Argumentation in ihren Beiträgen davon ausgehen, daß die im wesentlichen amerikanischen Ölkonzerne in ihrer Politik und in ihren Handlungen dem US-Staat untergeordnet sind. Sonst wäre ja unerklärlich, wie dann das US-Gesamtkapital seine längerfristigen politischen Interessen offensichtlich auf dem Rücken der Ölkonzerne und gegen die, wie oben erläutert, längerfristigen Kapitalverwertungsinteressen derselben durchsetzen konnte. Doch widersprechen Elsenhans und Tibi der eigenen Logik, indem sie in ihrer Argumentation das Gegenteil von dem behaupten, was sie bei ihrer Analyse hätten eigentlich voraussetzen müssen. So geht Elsenhans davon aus, daß die Ölkonzerne schon Anfang 1973 in den USA eine Versorgungskrise mit der Absicht erfolgreich provoziert hätten, die bestehenden Umweltschutzbestimmungen rückgängig zu machen (52). Ebenso behauptet Tibi:

„Die Konzerne sind durch ihre Lobby stets über die Handlungen des metropolitani-
schen Staates informiert, ja dieser Staat kann seine Pläne und Strategien ohne die
Konsultierung der Großkonzerne nicht entwickeln. Dagegen ist der metropolitani-
sche Staat

Weltmarkt geschützt, sondern darüber hinaus auch durch starke Belastung des impor-
tierten Öls mit Steuern bzw. Zöllen ein Steigen des Öllistenpreises und die daraus un-
vermeidlich hervorgehende Erhöhung des Grundrentenanteils der Öleigentümerstaaten
der „Dritten Welt“ jahrzehntelang erfolgreich verhindert. Näheres vgl. dazu: Massarrat,
M.: Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus ... a.a.O., S. 240 ff. und Massarrat, M.:
„Energiekrise“ und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft ... a.a.O.

51 Deckten die USA kurz vor der „Energiekrise“ (Ende 1973) 28% ihres Ölbedarfs aus dem
Ausland, so mußten sie im Januar 1976 ca. 40% ihres Ölverbrauchs importieren. Vgl.
dazu Frankfurter Rundschau vom 14.1.1976.

52 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 24

über die Politik der Großkonzerne nicht informiert, zumal sie im Ausland selbständig handeln.“ (53)

So sind also nach Elsenhans und Tibi nicht die Politik und die Handlungen der Ölkonzerne dem US-Nationalstaat, sondern umgekehrt die Politik und die Handlungen des letzteren den Interessen der Ölkonzerne untergeordnet. Wie hier, argumentieren Elsenhans und Tibi in ihren hier von uns kritisierten Beiträgen weder immanent logisch noch adäquat empirisch. Zum einen wird zwischen Einzelkapital und Gesamtkapital nicht differenziert und zum anderen wird die Anhebung des Öllistenpreises völlig willkürlich, einmal für die Durchführung der Rückverlagerung der Energieproduktion in die „Metropolen“ aus politischen Gründen als notwendige Maßnahme, also aus der Interessenlage der nationalen Gesamtkapitale, abgeleitet und ein anderes Mal wird die Anhebung des Ölpreises und die „Rückverlagerungsstrategie“ durch die Interessen der Ölkonzerne (der Einzelkapitale) selbst begründet (54). Und wir haben oben nachgewiesen, daß diese beiden Erklärungen der Anhebung des Öllistenpreises sowohl logisch wie auch historisch falsch sind.

Der Versuch, die Anhebung des Öllistenpreises, und damit die „Energiekrise“, durch die Interessenlagen der Ölkonzerne bzw. den „Metropolen“ zu begründen und dafür historisch falsche und logisch unhaltbare Erklärungen zu konstruieren, ist nicht von ungefähr. Es liegt daran, daß die wirkliche, auf veränderten materiellen und politischen Machtverhältnissen beruhende besondere Rolle der Öleigentümerstaaten bei der Anhebung des Ölpreises in der Argumentation Elsenhans faktisch und in der Analyse Tibis von vornherein und gänzlich übersehen wird. Gerade aber von der veränderten materiellen Grundlage der OPEC-Staaten und ihrer darauf beruhenden und historisch gewonnenen Monopolmacht ausgehend, kann, wie unter 2.2 kurz begründet, sowohl die sprunghafte Anhebung des Ölpreises wie der Rückzug der Ölkonzerne in die entwickelten kapitalistischen Staaten, historisch und immanent logisch

53 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 134

54 In diesem Sinne schließt Tibi sich Elsenhans und Junne an, indem er diese an folgender Stelle ausführlich zitiert und darüber hinaus seine eigene Interpretation hinzufügt: „In den Planungsstäben der sieben ‚Majors‘ herrschte der Konsens, daß nur eine künstlich ausgelöste ‚Energiekrise‘ diese Situation ändern könne und daß sie zugleich den langfristigen Strategien, die nur durch höhere Weltmarktpreise praktikabel werden, tendenziell zur Realität verhelfe. Elsenhans, der zu den ersten Sozialwissenschaftlern gehört, die die ‚Energiekrise‘ auf ihren Begriff brachten, schreibt mit Gerd Junne: ‚Um die US-Regierung zu einer entsprechenden Politik zu bewegen, lösten die Ölkonzerne in den USA Mitte 1973 eine Energiekrise aus, noch bevor ernsthaft mit einem Erdölboycott der arabischen Staaten gerechnet werden konnte. Von den mit dieser künstlichen Krise verfolgten Zielen, höhere staatliche Zuwendungen für die Erschließung alternativer Ölquellen sowie anderer Primärenergiequellen zu erhalten; die Einführung bestimmter Umweltschutzbestimmungen zu verhindern, hinauszuzögern, zu umgehen oder rückgängig zu machen; die Öffentlichkeit zur Hinnahme höherer Gewinnspannen der Erdölkonzerne zu bewegen; die unabhängigen Ölproduzenten, Raffinerien und Vertriebsnetze vom Markt zu verdrängen, verhilft die Drosselung der Erdölförderung in den arabischen Ländern den Ölkonzernen zumindest, die ersten drei zu verwirklichen.‘ Ebenda, S. 144

erklärt werden. Durch die ausschließlich auf ihre Initiative zurückzuführende sprunghafte Anhebung des Öllistenpreises haben die OPEC-Staaten ihren Anteil an der in ihren Ländern produzierten Extraprofitmasse als Grundrente drastisch erhöhen wollen und sie haben dies auch tatsächlich durchsetzen können. Gerade weil aber der *Öllistenpreis* schon immer die Berechnungsgrundlage der Extraprofitaufteilung zwischen den Öleigentümerstaaten und den Ölkonzernen war, ist es logisch, daß durch seine Anhebung nicht nur der Grundrentenanteil der OPEC-Staaten, sondern auch der Extraprofitanteil der Ölkonzerne zunächst gewaltig ansteigt. Dennoch sind die Ölkonzerne gezwungen, ihre Tätigkeit im Produktionsprozeß von den OPEC-Staaten in den Bereich der entwickelten kapitalistischen Staaten zu verlagern, da sich die wachsende reale Macht der OPEC-Staaten, auch auf deren Verhältnis zu den Ölkonzernen, drastisch auswirkt. Die OPEC-Staaten haben schon längst begonnen, z.B. durch die Anhebung ihres Anteils an der Differenz zwischen dem für den Weltmarkt gültigen Öllistenpreis und dem Ölkostpreis (-produktionskosten) in ihren Ländern ihren Grundrentenanteil anzuheben, als deren Folge der Anreiz für die weitere Tätigkeit der Ölkonzerne in ihren Ländern erheblich verringert wird (55). Längerfristig wird es sogar unvermeidlich, daß die OPEC-Staaten durch die Verstaatlichung der Ölproduktion den Ölkonzernen jegliche Möglichkeit ihrer Tätigkeit im Produktionsprozeß ihrer Länder insgesamt entziehen. Gerade dieser schon längst in den OPEC-Staaten eingeleitete Prozeß ist es auch, der die Ölkonzerne zwingt, ihre Produktion längerfristig in die Regionen zu verlagern, wo sie zumindest den normalen Profit produzieren und sich auch aneignen können.

Wenn Elsenhans und Tibi die so gravierende Bedeutung der OPEC-Staaten bei der Anhebung des Öllistenpreises vernachlässigen, differenzieren sie doch die gegensätzlichen Interessenlagen der nationalen Gesamtkapitale der „Metropolen“. Die Anhebung des Öllistenpreises berücksichtigt nicht die Interessen aller entwickelten kapitalistischen Staaten, sondern nur die der USA. Diese sind durch die Anhebung des Öllistenpreises über die Rückverlagerung der Ölkonzerne in die „Metropolen“ hinaus sogar in der Lage, den westeuropäischen und japanischen Konkurrenten ihrer eigenen Exportindustrie einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Unsere Kritik wäre unvollständig, würden wir diesen für die Argumentation der Autoren sehr wichtigen Aspekt außer Acht lassen.

2.4 Die Konkurrenz USA-Westeuropa und die „Energiekrise“

Mit der Ölpreissteigerung konnten die USA nach Elsenhans gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Auf der einen Seite ermöglichten sie den Ölkonzernen ihre Rückverlagerung in die „Metropolen“ und auf der anderen Seite konnten sie damit die Bedingungen dafür schaffen, daß die US-Exportindustrie ihre Konkur-

55 Näheres dazu Massarrat, M.: „Energiekrise“ und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft ... a.a.O.

renznachteile gegenüber den westeuropäischen und japanischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt wettmachte:

„Unter den Bedingungen des bestehenden Weltmarktpreises für Erdöl konnte die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Exportindustrie auf dem Weltmarkt nur durch eine Senkung des amerikanischen Energiepreinsniveaus und damit des Selbstversorgungsgrades erreicht werden. ... Konnten die USA nicht im eigenen Land billige Energie fördern, so war ein Ausgleich der westeuropäischen und der japanischen Konkurrenzvorteile möglich, wenn der Weltmarktpreis für Erdöl kräftig angehoben wurde.“ (56)

Auch hier schließt sich Tibi der Argumentation von Elsenhans an, indem er behauptet:

„Wir haben aber hervorgehoben, daß das amerikanische Erdöl teuer erschlossen wird, während das „nahöstliche“ Erdöl mit einem weit geringeren Kostenaufwand gefördert wird. Das hatte bislang zur Folge, daß die amerikanische Exportindustrie im Gegensatz zur westeuropäischen eine teure Energieversorgung hat“. Eine künstliche Anhebung des Ölpreises ändere aber die Situation: „Denn durch die Erhöhung des Weltmarktpreises für Erdöl wird (...) die westeuropäische und die japanische Exportindustrie, bedingt durch die teure Energieversorgung, weniger konkurrenzfähig gegenüber der amerikanischen.“ (57).

Die für Elsenhans offenbar wichtigste Begründung der Ölpreiserhöhung könnte in der Tat die USA als den eigentlichen Initiator der Ölpreiserhöhung verdächtigen. Leider ist aber auch diese Begründung der Ölpreiserhöhung weder logisch, noch empirisch richtig. *Logisch* ist die Begründung falsch, weil die Anhebung des Ölmarktpreises für die Aufhebung der Konkurrenz Nachteile der amerikanischen Exportindustrie auf dem Weltmarkt die denkbar schlechteste Lösung wäre. Selbst, wenn man unterstellt, daß das Energiepreinsniveau in Westeuropa niedriger war als in den USA und daß daher die westeuropäischen Kapitale auf dem Weltmarkt gegenüber den US-Kapitalen deswegen über Konkurrenzvorteile verfügten, so stellt sich doch die Frage, weshalb die US-Regierung die wegen des höheren Energiepreinsniveaus entstandenen Konkurrenz Nachteile der in den Exportbranchen fungierenden Kapitalen nicht durch Subventionierung auffing, statt diesen großen Umweg, also die Anhebung des in der Hauptsache angeblich Westeuropa und Japan treffenden Weltenergiepreinsniveaus durch die OPEC, mit dem Erfolg einzuschlagen, daß letztlich nicht nur die Länder der OPEC, sondern darüber hinaus auch die Sowjetunion als Ölexporteur auf dem kapitalistischen Weltmarkt sich gewaltige Mehreinnahmen einheimen können, die sonst als Wertmasse in den Volkswirtschaften der OECD-Länder insgesamt geblieben wären. Weiter könnte man fragen, weshalb dann die westeuropäischen Regierungen diese Herausforderung der USA, die ja eindeutig zum Schaden der übrigen in der OECD organisierten kapitalistischen Länder erfolgte, nicht mit der Senkung der Mineralölsteuer, d.h. also mit der Senkung der nationalen Energiepreinsniveaus oder aber mit der Subventionierung der für den Weltmarkt produzierenden Kapitale hätten beantworten können, um wieder den alten Konkurrenzvorsprung gegenüber den USA-Exportkapitalen zu erreichen. Die der Elsenhans'schen Be-

56 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 22

57 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 142.

gründung zugrundeliegende Annahme ist auch *empirisch* falsch. Man braucht keineswegs ein Energiespezialist zu sein um zu wissen, daß das reale Energiepreisniveau in den USA schon immer und auch vor der „Energiekrise“ niedriger als das Weltmarktenergiepreisniveau war. Von der „Entdeckung“ eines so krassen Konflikts zwischen Westeuropa und den USA offenbar fasziniert, übersieht aber Elsenhans die im OPEC Annual Statistical Bulletin (58) detailliert aufgeführte Empirie, das er sonst als Quelle für die Zusammenstellung eines tabellarischen Anhangs des von ihm herausgegebenen Buches großzügig zugrundelegt (59). Die aus der obengenannten Quelle in der folgenden Tabelle 1 zusammengestellten Endverbraucherpreise, also einschließlich Zoll und Mineralölsteuer, für einige Raffinerieprodukte in den USA, Japan und den wichtigsten Ländern Westeuropas für Juli 1973, also vor der „Energiekrise“, zeigt ganz eindeutig, daß das reale Energiepreisniveau in den USA nicht höher, sondern sogar teilweise erheblich niedriger ist als das in Japan und in Westeuropa. Der Fehler

Tabelle 1 Preise der Raffinerieprodukte in verschiedenen Ländern am 31. Juli 1973 (60)

Land	Normalbenzin Cents/Gallon*			Heizöl Cents/Barrel**		
	Einzelhandels- preis	Zoll	Mineralöl- steuer	Einzelhandels- preis	Zoll	Mineralöl- steuer
USA						
New York, N.Y.	41,9	1,3	13,0	360	—	—
San Francisco, California	38,9	1,3	11,0	427	—	—
Frankreich						
Paris	106,2	—	81,7	410,0	—	—
BRD						
Bonn	118,0	6%	71,5 + 11%	592,2	3,5%	92,4 + 11%
Italien						
Rom	98,8	6%	76,1	414,5	3,5%	84,6
Großbritannien						
London	78,0	—	48,0	470,4	84,0	—
Japan						
Tokio	83,2	—	41,6	473,9	40,2	—

* Gallon = 3.787 Liter

**Barrel = 158.8 Liter

58 OPEC Annual Statistical Bulletin 1972, Wien 1973

59 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 307 ff.

60 OPEC Annual Statistical Bulletin 1973, Wien 1974, Tabelle 92, S. 132 ff.

Elsenhans scheint in einer Verwechslung von verschiedenen Preisebenen zu liegen. Er vergleicht nämlich den *Ölmarktpreis* in den USA von 3,30 \$/Barrel vor der „Energiekrise“ mit dem *Öllistenpreis* (posted price) auf dem Weltmarkt (61), der zwar vor der „Energiekrise“ tatsächlich niedriger war als der USA-Ölpreis, der aber zugleich weit davon entfernt war, mit dem realen Ölpreinsniveau in Japan und in Westeuropa identisch zu sein. Wie die Tabelle 2 zeigt, ist der Öllistenpreis aller OPEC-Staaten vor der „Energiekrise“ niedriger als der Ölmarktpreis in den USA von ca. 20 \$/t (= 3,30 \$/Barrel).

Tabelle 2 Entwicklung der Öllistenpreise in \$/t (62)

Jahr Region	1950	1953	1957	1960	1965	1970	1973 Okt.	1974 Jan.
Naher Osten*	11,9	12,5	13,3	11,9	12,6	13,1	35,6	81,6
Afrika**	—	—	—	15,4	16,1	18,2	63,7	112
Venezuela	—	12,6	15,4	13,3	—	11,9	42,0	79,1

*Iran, Irak, Kuwait und Saudi-Arabien mit Ausnahme von 1950 nur Saudi-Arabien und 1965 nur Iran.

**Algerien und Lybien. 1960 nur Lybien und 1965 nur Algerien.

Tabelle 3 Der Marktwert bzw. der tatsächliche Marktpreis für Energieträger auf dem westeuropäischen Energiemarkt vor der „Energiekrise“ (63)

		Naher Osten Rohöl	Afrika Rohöl	Venezuela Rohöl	USA Kohle	Westeuropa Kohle
Produktion bzw. Import von Energie- trägern	Mio. t	308,2	229,2	21,7	12,7	265,3
Produktionskosten der Energieträger	\$/t	0,54	2,16	4,21	7,4	15
Transportkosten	\$/t	9,91	3,82	4,28	3,44	—
Einfuhr-(cif) Preis	\$/t	17,68	18,50	16,50	13,28	15,58*
Zoll bzw. Steuern	\$/t	39,20	39,20	39,20	?	—
Marktwert bzw. tatsächl. Markt- preis	\$/t	56,88	57,70	55,70	13,28	15,58
Gesamtprofit = Marktpreis – Pro- duktions- u. Trans- portkosten	\$/t	46,43	51,72	47,21	2,34	0,58

*Inlandspreis

Aus der Tabelle 3 geht aber hervor, daß der tatsächliche Marktpreis für Erdöl auf dem europäischen Energiemarkt den Listenpreis vor der „Energiekrise“ um ein Mehrfaches übersteigt.

Im Gegensatz zu Elsenhans, der durchaus von einem einheitlichen Weltmarktpreis für Öle trotz deren unterschiedlicher Produktions- und Transportkosten ausgeht (64), schließt Tibi bereits von den unterschiedlichen Produktionskosten des amerikanischen und des nahöstlichen Erdöls auf unterschiedliche Preisniveaus (65). Obwohl Elsenhans an einer anderen Stelle auf den Unterschied der verschiedenen Energiepreisebenen verweist (66), scheint er bei der Annahme eines für Europa gültigen niedrigeren Energiepreisniveaus als in den USA vor der „Energiekrise“ den *Listenpreis* mit dem tatsächlichen Marktpreis (Marktwert) des Erdöls auf den europäischen Märkten zu identifizieren. Doch auch dieser grundlegende Fehler Elsenhans ist keineswegs zufällig. Er ist darauf zurückzuführen, daß Elsenhans bei seiner Analyse auf der Preis- (Erscheinungs-)ebene steckenbleibt und nicht in der Lage ist, in den tatsächlichen Wert- und Preisbildungsprozeß auf dem Weltenergiesektor vorzudringen. Vom Wert- und Preisbildungsprozeß in der Sphäre der Energieproduktion in ihrer Gesamtheit ausgehend, läßt sich nicht nur empirisch, wie oben, sondern auch logisch begründen, daß erstens der *Listenpreis* und der *Marktpreis* des Erdöls nicht identisch sind und zweitens daß das Energiepreisniveau in den USA nicht höher, wie Elsenhans behauptet, sondern niedriger ist als jenes in Westeuropa. Der Marktpreis des Erdöls auf dem US-amerikanischen Energiemarkt wird durch den Marktpreis der US-amerikanischen Kohle reguliert, während das in die westeuropäischen Energiemärkte importierte Öl mit der westeuropäischen Kohle, als vergleichsweise bedeutend ungünstigerer Energieträger, konkurrieren muß, dessen Marktpreis also auf der Basis des Marktpreises der westeuropäischen Kohle gebildet wird. Und da die US-Kohlevorkommen gegenüber den europäischen Kohlevorkommen erhebliche von der Natur vorgegebene Vorteile aufweisen, ist die dort angewandte Produktivkraft der Arbeit gegenüber der in Europa bei der Kohleproduktion angewandten Produktivkraft schon allein deswegen höher (67), der Marktwert und daher der Marktpreis der US-Kohle und damit das gesamte amerikanische Energiepreisniveau niedriger als in Europa (vgl. Tabelle 3). Und gerade weil das Energiepreisniveau in Westeuropa auf der *Basis* des Marktpreises der westeuropäischen Kohle gebildet wird, waren und sind westeuropäische Nationalstaaten auch in der Lage,

61 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 21

62 Eigene Berechnungen nach: OPEC Annual Statistical Bulletin, Wien 1974, S. 109-123

63 Quelle und ausführliche Darstellung der Bestimmungsmomente der Marktpreisbildung vgl. Massarrat, M.: „Energiekrise“ und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft ... a.a.O.

64 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 85

65 Vgl. Zitat Anm. 57

66 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 37 (Anm. 55)

67 Von den technologisch bedingten Produktivitätsvorteilen der US-Kohlenindustrie gegenüber der europäischen Kohlenindustrie wird hier abgesehen.

das importierte Öl bei dem vergleichsweise niedrigen Listenpreis mit hohen Steuern bzw. Zöllen zu belasten (68). Es zeigt sich also, daß auch die Elsenhans'sche Begründung der Ölpreissteigerung durch die Konkurrenz USA – Westeuropa weder logisch abgeleitet noch empirisch belegt werden kann. Die einzige „Empirie“, auf die Elsenhans sich stützt, ist der dem „Petroleum Press Service“ entnommene *Hinweis*, daß „in den letzten Jahren (...) es in der BRD der chemischen, der eisenschaffenden und der Buntmetallindustrie gelungen (ist), ihre Brennstoffkosten erheblich zu senken, und es (...) sicherlich kein Zufall (ist), daß gerade diese Industrien erhebliche Exporterfolge haben.“ (69) Doch auch dieser Hinweis vermag keineswegs auf das niedrigere Energiepreisniveau in der BRD bzw. in Europa gegenüber dem der USA zu deuten. Vielmehr besagt dieser Hinweis, gerade weil er sich nicht auf alle, sondern nur auf einige Branchen bezieht, nicht mehr und nicht weniger, als daß vermutlich durch Rationalisierung im Brennstoffverbrauch eben die Brennstoffkosten in den genannten Branchen erheblich gesenkt werden konnten. Nicht nur vor der Ölpreiserhöhung war das Energiepreisniveau in den USA, im Gegensatz zur Elsenhansschen Behauptung, niedriger als in Europa, sondern auch danach blieb dieses Verhältnis bestehen. Das US-amerikanische Energiepreisniveau ist nach der „Energiekrise“ sogar stärker gestiegen als z.B. in der BRD (70). Die BRD-Exportindustrie, als der wichtigste westeuropäische Konkurrent der US-Exportindustrie auf dem Weltmarkt, müßte ihre Konkurrenzvorteile auch die Ölpreiserhöhung gegenüber der USA-Exportindustrie demnach sogar noch ausgebaut haben.

3. Wissenschafts- und Ideologiekritik linksbürgerlicher Analysen der „Energiekrise“. Resultate.

In unseren obigen Ausführungen haben wir eine partielle Wissenschaftskritik an Hand von einzelnen Fragestellungen und Argumentationszusammenhängen der Analysen von Elsenhans und Tibi bereits geleistet. Einer ausführlicheren und zusammenfassenderen Wissenschafts- und Methodenkritik soll in diesem Abschnitt auch eine Ideologiekritik ihrer Beiträge folgen.

Ziel jeder Analyse der konkreten gesellschaftlichen Prozesse ist letztlich die Erklärung der Erscheinungen. Darüber besteht zwischen den verschiedenen wissenschaftstheoretischen Richtungen möglicherweise sogar Einigkeit. Kritisch wird es allerdings, und hier scheiden sich die Geister, wenn es darum geht, wie und mit welcher Methode die Analyse wissenschaftlich geleistet werden soll. Denn die Wissenschaftlichkeit, d.h. die umfassende und immanente logische Erklärung

68 Vgl. dazu die Tabelle 3. Fernér ausführliche empirische Darstellung: Massarrat, M.: „Energiekrise“ und die Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft ... a.a.O.

69 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 20

70 So ist z.B. der Einzelhandelspreis des Heizöls in New York von 360 Cents/Barrel am 31. Juli 73 (vgl. Tabelle 1) auf 1 075 Cents/Barrel am 31. Juli 1974, also um fast das dreifache gestiegen, während der Heizöleinzelhandelspreis im selben Zeitraum sich in Bonn von 592,2 auf 1 193 Cents/Barrel, also nur um das 2fache erhöhte. Vgl.: OPEC-Annual Statistical Bulletin 1974, Wien 1975, S. 136 ff.

von an der Oberfläche sichtbaren Prozessen ist nicht zuletzt davon abhängig, welche Methoden der Analyse zugrundeliegt. In ihren Analysen der „Energiekrise“ bzw. der „Dreiecksbeziehungen“ zwischen OPEC-Staaten, Ölkonzernen und den entwickelten kapitalistischen Staaten erklären Elsenhans und Tibi die Phänomene keineswegs aus den tatsächlich sich vollziehenden und vielfältig gestalteten gesellschaftlichen Prozessen und ihren Wesenszusammenhängen, sondern tautologisch aus den Oberflächenerscheinungen selbst, indem sie im wesentlichen zahlreiche Einzelercheinungen additiv aneinanderreihen. So versucht Elsenhans z.B. die veränderte Rolle der OPEC-Staaten durch die Aufzählung einer Reihe von Ereignissen und Einzelercheinungen zu begründen. Auf die Gefahr, daß die Einzelercheinungen ahistorisch und völlig willkürlich miteinander in Beziehung gesetzt werden können, haben wir bereits in Abschnitt 2.1 hingewiesen. Schließlich kann auch Elsenhans die veränderte Rolle der OPEC-Staaten und der „Kräftekonstellation“ auf dem Energiemarkt auf nichts anderes als auf die sozialpsychologischen Bedingungen in den OPEC-Staaten und auf die außenpolitische Orientierung dieser Staaten zurückführen. Ebenso kann Elsenhans die sprunghafte Ölpreissteigerung u.a. aus der Notwendigkeit der „Rückverlagerungsstrategie“ der Konzerne ableiten, weil er offensichtlich auch hier die Einzelercheinungen, wie in Abschnitt 2.3 gezeigt, abgehoben von den diese tatsächlich hervorrufenden, aber nicht sichtbaren Prozessen, zur Grundlage seiner Analyse macht. Auch erscheint die Konkurrenz USA – Westeuropa als eine andere Erklärung der Ölpreissteigerung und der „Energiekrise“ nur dann logisch, wenn, wie bei Elsenhans, vom Wertbildungsprozeß auf dem Weltenergiemarkt selbst gänzlich abstrahiert und dadurch auch übersehen wird, daß der *Öllistenpreis* der OPEC-Staaten in Westeuropa mit dem *Ölmarktpreis* in den USA, damit also Einzelercheinungen miteinander in Beziehung gesetzt und verglichen werden, die aus ihrer Funktion heraus miteinander gar nicht vergleichbar sind. Auch Tibi erklärt in seinem Beitrag die „Dreiecksbeziehung“ der OPEC-Staaten, der Ölkonzerne und der entwickelten kapitalistischen Staaten durch die Aufzählung von Einzelercheinungen, keineswegs aber aus den zwischen ihnen wirklich herrschenden Verhältnissen. So sind die USA von der Erdölförderung in den „Peripherie-Ländern“ abhängig, weil: „die entscheidenden Gewinne amerikanischer Auslandsinvestitionen aus dem Erdölsektor stammen“ (71). Nachdem Tibi aus dem Anteil des Erdöls am Gesamtexport der Öleigentümerstaaten keine eindeutige „Abhängigkeitsbeziehung“ für diese Staaten ableiten kann (72), scheint er in dem Anteil der Erdöleinahmen an den gesamten Staatseinnahmen „in den wichtigsten arabischen Förderländern“, der zwischen 63 und 89% beträgt, den Nachweis für die Abhängigkeit dieser Staaten von den Ölkonzernen entdeckt zu haben:

„Die Abhängigkeit der Förderländer besteht also zum größten Teil in der Abhängigkeit von den Abgaben der Erdölkonzerne an die Regierungen der Peripherie-Länder.“ (73)

71 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie Länder ... a.a.O., S. 126

72 Ebenda, S. 136 ff.

73 Ebenda, S. 138

Diese auf der Aufzählung von Einzelercheinungen beruhende und auf die bloßen Öleinnahmen reduzierte Analyse der einseitigen Abhängigkeit der Öleigentümerstaaten von den Ölkonzernen läßt Tibi keine andere Möglichkeit, als die Regierungen dieser Staaten zu bloßen „Schachfiguren der Ölkonzerne“ zu degradieren und zu folgern, daß

„die ‚Energiekrise‘ von 1973/74 nicht auf das Konto der arabischen Förderländer und der OPEC und OAPEC (geht), in denen die Länder organisiert sind, sonder sie (...), wie Elsenhans nachgewiesen hat, von den Konzernen initiiert (wurde), die glaubten, mit dieser ‚Energiekrise‘ die strukturelle Krise der amerikanisch dominierten internationalen Erdölindustrie tendenziell zu lösen.“ (74)

Eine solche Schlußfolgerung ist in der Tat auch vom Standpunkt des Elsenhanschen Ansatzes die einzig konsequente, auch wenn Elsenhans diese Konsequenz Tibi überläßt. Denn sonst wäre es unverständlich, weshalb die OPEC-Staaten von sich aus und freiwillig durch die sprunghafte Anhebung des Ölpreises eine Maßnahme durchführen sollten, die nur im Interesse der „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne und der USA-Exportindustrie sein und sie obendrein in eine noch größere Abhängigkeit von den Ölkonzernen bringen soll. So kann auch Tibi, gestützt auf die Erkenntnisse Elsenhans, getrost und zuversichtlich die Ergebnisse seiner Analyse in folgenden Sätzen zusammenfassen:

„Die ‚Energiekrise‘ war ein komplettes Spiel, an dem alle Partner der Dreiecksbeziehung: die sieben ‚Majors‘, die USA und die OPEC-Länder partizipierten. Dabei waren jene OPEC-Länder wie Lybien und Algerien, denen auf keinen Fall eine bewußte Teilnahme an dem Spiel unterstellt werden kann – anders als Kuwait und Saudi-Arabien –, Opfer des Spiels. ... Die ‚Ölscheichs‘ sind nicht die ‚Gewaltigen‘ sondern ‚Theaterpuppen‘, die nicht nur mit sich spielen lassen, sondern die mit ihrem Reichtum sogar ihre eigene Entmachtung mitfinanzieren, die in der von den Konzernen verfolgten Rückverlagerungsstrategie enthalten ist.“ (75)

Vor dem Hintergrund der, wie oben nachgewiesen, empirisch wie logisch grundlegend falschen Analyse Tibis, der ihr zugrundeliegenden Methode und deren so simplen wie absurden Resultate, erscheint es als äußerst geschmacklos, wenn Tibi es für erforderlich hält, unseren Versuch, die „Energiekrise“ mit marxistischem Ansatz zu erklären (76), als „aufwendig, aber höchst fragwürdig“ abzuqualifizieren:

„In dem oben beschriebenen (auch von uns oben ausführlich wiedergegebenen, M.M.) Kontext ist die Erklärung für die künstlich geplante ‚Energiekrise‘ zu suchen und nicht, wie manche Begriffslogik-Marxisten behaupten, in den von ihnen ontologisierten Widersprüchen des kapitalistischen Systems, die angeblich die ‚Energiekrise‘ determinieren.“ (77)

74 Ebenda, S. 141. Ein Ölpreissteigerung wäre nach Tibis Analyse der Abhängigkeit der Öleigentümerstaaten von den Ölkonzernen auch in der Tat nicht im Interesse der Öleigentümerstaaten, da als deren Folge die Einnahmen dieser Staaten aus dem Öllexport im Verhältnis zu den gesamten Staatseinnahmen noch weiter ansteigen und ihre Abhängigkeit von den Ölkonzernen noch größer werden würde.

75 Ebenda, S. 146 f.

76 Massarrat, M.: Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus ... a.a.O.

77 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 142 f. In der Fußnote

Es wäre sicherlich überflüssig, unsren Beitrag in *Prokla 11/12* vor dieser von Tibi keineswegs näher begründeten, eher einfach gesetzten, Kritik zu rechtfertigen. Erwähnenswert scheint sie uns dennoch, weil ihr der alte Vorwurf der „Empiriefeindlichkeit“ zugrundeliegt, den die verschiedenen Varianten der bürgerlichen Apologie gegen die Marxisten erheben (78). Im Geiste der bürgerlichen Apologie Tibis, die ja in dem konkreten Zusammenhang hier eine schlechte Variante dieser Apologie ist, stellen sich Theorie und Empirie als Alternative zueinander. Ansonsten hätte er uns allein aufgrund unseres im wesentlichen theoretischen Aufsatzes nicht „Empiriefeindlichkeit“ vorgeworfen (79). Für eine marxistische Analyse aber ist die Ableitung der Gesetzmäßigkeit, des inneren Bandes des Stoffes, die Voraussetzung einer adäquaten Darstellung desselben. Bereits auf der Ebene der begrifflichen Klärung, wenn sie selbstverständlich, umfassend und wissenschaftlich betrieben wird, können zutreffende und ziemlich genaue Aussagen über die Entwicklung der realen Prozesse gemacht werden (80). Ganz im Gegensatz dazu der weitverbreitete *wilde und chaotische Empirismus*, der – wenn er auch von noch so eingefleischten Empirikern betrieben wird – letztlich für nichts anderes als für die unsinnigsten und absurdesten Aussagen mißbraucht werden kann. Den Beweis dafür liefert durch seinen Beitrag Tibi selbst, der letztlich die falschen Thesen Elsenhans reproduziert, aber gleichzeitig glaubt, letzteren in der „Wissenschaftlichkeit“ zu übertreffen, indem er der von Elsenhans angehäuften Empirie einen Haufen hinzufügt. Was und wem nützt diese wild und zusammenhanglos aneinandergereihte Empirie, wenn dabei die einfachste, für die Fragestellung aber wichtigste Empirie – in dem konkreten Zusammenhang z.B. das real höhere Energiepreisniveau in Europa als in den USA – , wenn also vor lauter Bäumen der Wald nicht gesehen wird.

Zu dem den Charakter ihrer Analysen bestimmenden Empirismus kommt hinzu, daß Elsenhans und Tibi ausschließlich politologisch vorgehen. So führt Elsenhans nicht nur die Entscheidung der OPEC-Regierungen, den Ölpreis drastisch

fährt er weiter fort: „Eine solche rein begriffliche, also empirie- und somit blutlose Interpretation findet man in dem aufwendigen, aber höchst fragwürdigen Aufsatz von M. Massarrat, „Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus.“ (...) Freilich ist die von Massarrat betriebene Verabsolutierung des Wertgesetzes zum allgültigen Erklärungsmuster, also auch für *wirkliche* Krisen, hier die Energiekrise, und die dabei an den Tag gelegte Empirie-Feindlichkeit nicht im Sinne von Marx der betonte, daß alle *realen* Krisen auch aus der *realen* Bewegung des Kapitals und nicht aus dem abstrakten Wertschema erklärt werden müssen.“ Ebenda (Anm. 103), S. 143

78 So z.B. Kurt Sontheimer, der in seinem am 29. Nov. 75 in der FAZ erschienenen Pamphlet „Unter den Fittichen abstrakter Theorie“ in gleicher Richtung u.a. Elmar Altwater kritisiert: „Die Konzentration auf die abstrakte Darstellung der Theorie und ihrer Varianten wird immer erkaufte durch den Verzicht auf empirisch verlässliche, historische Konkretisierung, wiewohl gerade diese Theorie so pathetisch für sich in Anspruch nimmt, eine historische zu sein.“

79 Vgl. hierzu das Zitat in Anm. 77

80 Die reale Entwicklung auf dem Weltenergiesektor nach der „Energiekrise“ hat z.B. die in unserem, im wesentlichen begrifflich abgehandelten Beitrag in *Prokla 11/12* vor allem auf S. 246 ff. gemachten Aussagen vollends bestätigt.

zu erhöhen, auf politische Beweggründe zurück (81), er begründet nicht nur die „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne mit deren politischen Motiven (82), sondern er geht davon aus, daß auch der Marktpreis für Erdöl aus Gründen der „Sicherheit“ durch einen politischen Akt, also letztlich voluntaristisch, bestimmt ist (83). Der für die Erklärung der Erscheinungen, also auch der Krise, maßgebliche Prozeß, der ja trotz seiner politischen Implikationen ein ökonomischer Prozeß ist, bleibt bei Elsenhans und auch bei Tibi gänzlich außer Acht. Hierüber können auch die halbwegs aus der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre und halbwegs aus der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie übernommenen, eklektisch aneinandergereihten und sich widersprechenden Bemerkungen nicht hinwegtäuschen. Während Elsenhans z.B. bei der Analyse der Tendenzen auf dem Welterdölmarkt ab 1945 zu Recht, wenn auch ungenau, auf die Konkurrenz der Kapitale innerhalb der Sphäre als Ursache des ständigen Herabsinkens des Weltenergiepreisniveaus hinweist (84), spielt diese bei seiner Analyse der Ursachen der Ölpreissteigerung und der „Energiekrise“ überhaupt keine Rolle. Während Elsenhans den Begriff „Produktionspreis“ schlicht und falsch mit der Summe von „Förder- und Suchkosten“ definiert (85), legt er eine Definition der „Grundrente“ zugrunde, die eine ganz andere Definition des Produktionspreises impliziert (86). Widerspricht auch diese Definition und die ihr zugrundeliegende Theorie diametral der Analyse Elsenhans, so ist sie doch für den Eklektizismus typisch, der seine Analyse insgesamt kennzeichnet. Diese von Elsenhans angeführte Definition der (die absolute und die Differentialrente umfassende) Grundrente beruht, welcher Quelle er sie auch entnommen haben mag, auf der „Marx-schen Rententheorie“ (87). Dennoch hindert dies Elsenhans nicht daran, die Gültigkeit des „Begriffs der absoluten Grundrente“ und damit notwendigerweise insgesamt der „Marx-schen Rententheorie“ für die Analyse der Energiesphäre in der Gegenwart mit einem Schlag in Frage zu stellen, indem er behauptet:

„Der Begriff der ‚absoluten Grundrente‘ ist für eine konkurrenzkapitalistische Wirtschaft abgeleitet worden. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Staatsinterventionismus variiert

81 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 8 u. 17

82 Ebenda, S. 18 f.

83 „Der *Marktpreis* wäre der Preis, der zu bezahlen ist, damit auch die teuerste Tonne, die zur Befriedigung der Nachfrage, die wieder vom Erdölpreisniveau abhängig ist, mit Profit gefördert wird. Da aber aus Gründen der Sicherheit der Versorgung die Entscheidung, welche Regionen welche Mengen produzieren, nicht allein von der natürlichen Zugänglichkeit der Reserven abhängt, ist dieser Grenzkostenpreis der Tonne Erdöl wieder politisch bestimmt.“ Ebenda (Anm. 55), S. 37

84 Ebenda, S. 14

85 Ebenda

86 „Grundrente: Einkommen, das der Besitzer eines natürlichen Produktionsfaktors, der nicht unbegrenzt reproduziert werden kann, wie Boden und Bodenschätze, dadurch erhält, daß zwischen der Summe aus Produktionskosten + Durchschnittsprofit und dem Marktpreis für alle Eigentümer von Rohstoffen mit günstigen natürlichen Bedingungen der Produktion eine Differenz entsteht.“ Ebenda, (Anm. 58), S. 39.

87 Vgl. Massarrat, M.: Energiekrise oder die Krise des Kapitalismus ... a.a.O., S. 220 ff, hierzu insbesondere S. 225.

aber der Weltmarktpreis für Erdöl, wenn z.B. Kosten der Suche und Erschließung von Ölfeldern vom Staatsapparat übernommen werden.“ (88)

Wie Elsenhans hier, macht auch Tibi deutlich, wie fremd ihm eigentlich das System der „Kritik der politischen Ökonomie“ ist. An einer einzigen Stelle seines Beitrages, wo er sich offenbar als marxistischer Politökonom auszugeben versucht, bemerkt Tibi:

„Wir wollen uns im folgenden auf einen mineralischen Rohstoff, das Erdöl, konzentrieren, das nach Übereinstimmung aller Autoren einen hohen Gebrauchswert im Reproduktionsprozeß der Metropolen hat. *Auch der Tauschwert des Erdöls ist, wie die bereits zitierten Profitraten zeigen, sehr hoch* (hervorg. von M.M.). Sowohl von seinem Gebrauchs- als auch vom Tauschwert her scheint Erdöl gegenwärtig der wichtigste Rohstoff zu sein.“ (89)

Insgesamt läßt die Wissenschaftlichkeit von Elsenhans und Tibi in ihren von uns hier kritisierten Beiträgen zu wünschen übrig. Die Deduktion in der Methode, der chaotische Empirismus bei der Verarbeitung des Stoffes, der politologische Ansatz für die Erklärung von politökonomischen Prozessen und der wissenschaftstheoretische Eklektizismus machen ihr Wissenschaftsverständnis deutlich: möglichst viele Einzeldaten, auch wenn diese für die Erklärung von Zusammenhängen nicht ausreichen, möglichst viele Anmerkungen, die auch für die Analyse belanglos sind, möglichst viele Definitionen, auch wenn diesen unterschiedliche wissenschaftstheoretische Methoden zugrundeliegen. Dann ist sicherlich der Anspruch auf „Wissenschaftlichkeit“ erfüllt. Elsenhans und Tibi stehen dabei keineswegs allein. Sie sind vielmehr exemplarisch für eine ganze Richtung in den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften, die sich von den traditionell bürgerlichen Sozial- und Gesellschaftswissenschaften im wesentlichen durch ihren emanzipatorischen Anspruch abgrenzt, ideologisch der letzteren aber zutiefst verbunden ist.

Ihr Wissenschaftsverständnis und ihre hierauf beruhende totale Fehleinschätzung der wirklichen Ursachen der „Energiekrise“ verdanken Elsenhans und Tibi nicht zuletzt ihrer Ideologie. Nicht die materiellen Grundverhältnisse der Gesellschaft und nicht die darauf beruhenden Klassenverhältnisse, sondern die äußerlichen Beziehungen und Gegensätze der Staaten bilden Ausgang und Ende ihrer Analysen. Wird das Verhältnis des Kapitals der Ölkonzerne zum Grundeigentumsverhältnis der Öleigentümerstaaten nicht als Verhältnis der internationalen Bourgeoisie zur herrschenden (Grundeigentümer-) Klasse dieser Staaten, sondern

88 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O. (Anm. 5), S. 86 f.

89 Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 112. Hätte Tibi seine Entdeckung, daß die Profitrate des Kapitals mit dem Tauschwert der von diesem produzierten Ware (vermutlich auf Mengeneinheit bezogen) proportional steigt, schon einige Jahre zuvor gemacht, so wären die multinationalen Ölkonzerne vielleicht auf die Idee gekommen, statt Erdöl Uran, Diamant, Gold etc. zu produzieren, deren Tauschwert unvergleichbar höher liegen als der des Erdöls. Dann wäre auch sicherlich die von ihnen „initiierte Energiekrise“ der ganzen Menschheit und die Entdeckung dieser durch Tibi uns erspart geblieben. Es kann nur von einer mit nichts zu rechtfertigenden Arroganz Tibis zeugen, wenn er vor dem Hintergrund seiner Kenntnislosigkeit in der Politischen Ökonomie darüber ein Urteil fällt, wo und wann das Wertgesetz zu gelten habe (vgl. Zitat in Anm. 77).

als Beziehung der Öligesellschaften zu den Regierungen der Öligesellschaftstaaten begriffen, die hier „progressiv“, da konservativ, sein können, so ist es klar, daß auch die Charakterveränderung der herrschenden Klassen dieser Staaten und damit die Neuregelung ihres Verhältnisses zur internationalen Bourgeoisie nicht begriffen werden kann. Diese die Existenz von Klassenverhältnissen verschleiernde bürgerliche Ideologie ist es auch, die Tibi dazu verleitet, in den von ihm analysierten „Dreiecksbeziehungen“ auf der einen Seite die alles beherrschenden mächtigen Ölkonzerne und auf der anderen Seite „Schachfiguren“, „Theaterpuppen“ etc. zu entdecken. So kann er dann auch der allmächtigen USA unterstellen, mit ihrer geheimnisvollen und teuflischen Macht in der Lage zu sein, die Bahn der Geschichte durch ständige Verschwörungen gegen die Öligesellschaftstaaten und gegen die westeuropäischen Staaten bewußt zu lenken. Indem Elsenhans wie Tibi von Klassenverhältnissen und vom Klassengegensatz abstrahieren, können sie *ideell* einen Gegensatz zwischen Westeuropa und den USA konstruieren, in dem sie auch die eigentlichen Ursachen der vor allem zu Lasten Westeuropas herbeigeführten „Energiekrise“ glauben suchen zu müssen.

Mit seiner Analyse der „Energiekrise“ und mit dem von ihm herausgegebenen Buch: „Erdöl für Europa“ verfolgt Elsenhans auch offenbar das Ziel, gerade diesen „Gegensatz“ zugunsten des freilich konkreten, d.h. also des kapitalistischen, Westeuropas aufzulösen bzw. zu mildern:

„Ziel des hier vorgelegten Buches ist, über die Entwicklungstendenzen der Welterdölindustrie zu informieren und dabei aufzuzeigen, unter welchen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen die Erdölversorgung Westeuropas gesichert werden kann.“ (90)

Die an einem kapitalistischen Westeuropa orientierte Ideologie Elsenhans hat eine zweite Komponente, die deutlich wird, wenn er die Möglichkeiten und Wege aufzeigt, wie nun die Versorgung Westeuropas mit Erdöl am besten gewährleistet werden kann:

„Die Politik des ‚teile und herrsche‘ der europäischen Kolonialmächte ist für Westeuropas Gesamtkapitale heute dysfunktional geworden: Die ölreichen und bevölkerungsarmen Gebiete unter konservativen und reaktionären Herrscherfamilien stellen keine Garantie für eine langfristige sichere Ölversorgung dar, weil sie, um sich politisch abzusichern, Zugeständnisse an den arabischen Nationalismus machen müssen, ohne jedoch dessen sozialrevolutionäre Komponente zu übernehmen.“ (91) *„Nur wenn die Deviseneinkommen der Förderländer für Investitionsgüter im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Strategie der Überwindung von Unterentwicklung eingesetzt werden, kann Westeuropa seine Erdölimporte aus dem Nahen und Mittleren Osten bezahlen. Jede Erdölpolitik westeuropäischer Regierungen muß eingebettet sein in eine Strategie zur Überwindung von Unterentwicklung in den Förderländern.“* (92)

Daß „Erdöl für Europa“ das eigentliche Ziel und die „Strategie der Überwindung der Unterentwicklung“, statt wie bisher die „Politik teile und herrsche“ das Mittel

90 Elsenhans, Hartmut: Erdöl für Europa ... a.a.O., S. 7

91 Ebenda, S. 28

92 Ebenda, S. 8

sein soll, sagt Elsenhans so deutlich, daß es nicht einmal interpretiert zu werden braucht. Auch wenn er glaubt, mit der Forderung der „privilegierten Kooperation mit den progressiven Regimen“ (93) den konkreten Weg zur „Überwindung der Unterentwicklung“ gezeigt zu haben, so dient die Forderung der „Überwindung der Unterentwicklung“ in der Tat der ideologischen und moralischen Legitimation zur Erfüllung des eigentlichen Zieles, der Versorgung des kapitalistischen Westeuropas mit Erdöl, auch dann, wenn Elsenhans selbst dieses noch nicht klar ist. So gesehen, ist die Forderung Elsenhans eine neue Variante der so alten und schon längst entschleierte „Entwicklungshilfeideologie“. Denn wie soll diese Kooperation des kapitalistischen Westeuropas mit den Erdölförderländern sonst aussehen, als daß durch verstärkten Handel und verstärkten Kapitalexport langfristig die kapitalistische Entwicklung in diesen Ländern forciert wird und diese Länder, statt wie bisher an die USA, nunmehr an die kapitalistische EG gebunden werden. Was Elsenhans bewußt oder unbewußt glaubt, als eine neue Alternative für die unterentwickelten Ölförderländer zur Aufhebung der „Unterentwicklung und der Unterprivilegierung“ ausgeben zu können, entpuppt sich in Wirklichkeit als eine Alternative für die westeuropäischen Gesamtkapitale, die auch in der Tat dabei sind, dem US-Gesamtkapital die ökonomische und politische Alleinherrschaft in den Ölförderländern und in den Ländern der „Dritten Welt“ überhaupt streitig zu machen.

Die *gegenwärtige* Unterentwicklung und die „Unterprivilegierung der Massen“ in den kapitalistischen Ländern der „Dritten Welt“ entspringt aus der Logik des Kapitals, nicht aber aus dem Charakter von dessen Herkunftsland. Die dem Kapital auch in den Ländern der „Dritten Welt“ immanenten Gesetzmäßigkeiten der Zentralisation und Konzentration, der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, der Unterprivilegierung der Massen etc. bleiben auch dann wirksam, wenn das in den Ländern der „Dritten Welt“ vorherrschenden US-Kapital durch das westeuropäische Kapital ersetzt wird. Ebenso können die „progressiven Regime“ dieser Länder kaum zur Aufhebung dieser Gesetzmäßigkeiten des Kapitals beitragen. Vielmehr werden längerfristig auch sie sich diesen Gesetzmäßigkeiten unterordnen müssen. Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit linksbürgerlichen Analysen ist nicht nur im Hinblick auf ihre falschen Resultate, sondern auch, und nicht zuletzt, im Hinblick auf ihre, weil auf reformistisch-emanzipatorischem Anspruch beruhenden, mit Illusionen verbundenen politischen Konsequenzen erforderlich. Die Ölpreissteigerung und die „Energiekrise“ hat zweifellos und zunächst den Lebensstandard breiter Bevölkerungssichten, insbesondere aber den der Arbeiterklasse, tangiert und zu einer realen Verschlechterung von deren Lebensbedingungen geführt. Die Gewerkschaften müßten nach der Elsenhans'schen Erklärung der Ölpreissteigerung in ihrem tagespolitischen Kampf gegen die „Rückverlagerungsstrategie“ der Ölkonzerne, also für den Verbleib der letzteren in den OPEC-Staaten, eintreten, gegen die multinationalen Ölkonzerne und die USA als „Hauptinitiatoren“ der Ölpreissteigerung und schließlich dafür eintreten, daß

die OPEC-Staaten, statt wie bisher an die USA, nunmehr an Westeuropa angebunden werden. Das allerdings auch noch mit der Illusion, auf diese Weise die Unterentwicklung in diesen Staaten zu überwinden. Wie groß die Anfälligkeit für die linksbürgerlichen Einschätzungen und die daraus zu folgernden politischen Konsequenzen innerhalb der Arbeiterbewegung der BRD tatsächlich ist, beweist der nach der „Energiekrise“ gerade von Jungsozialisten und von linken Gewerkschaftlern mit starkem moralischem Beigeschmack gegen die multinationalen Konzerne geführte Kampf und der gleichzeitige verbal betriebene Antiamerikanismus. Abgehoben von der materiellen Grundlage der Gesellschaft und vom Klassengegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital im Weltmaßstab, erscheinen die USA und die multinationalen Konzerne lediglich als die Schuldigen und die Sündenböcke, deren objektive Funktion darin besteht, eben von diesem Klassengegensatz und von den nun entfalteteten Schranken der Produktion und Reproduktion in der kapitalistischen Weltwirtschaft als den wirklichen Ursachen der „Energiekrise“ abzulenken (94). Dies ist die eine reformistische und moralisch geprägte Variante bürgerlicher Ideologie. Die andere, dieselbe Funktion erfüllende Variante ist die offen reaktionäre, die in einer großangelegten rassistischen Propaganda die „arabischen Wüstlinge“ und die „Ölscheichs“ für die Energiekrise verantwortlich macht. Der emanzipatorische, wenn auch moralische, Anspruch der Linksbürger, der – wenn er mit Überzeugung erhoben wird – bei Sozialisten Respekt und Anerkennung findet, grenzt sie politisch vom reaktionären Bürgertum ab. Wenn im praktischen Tageskampf von daher diese beiden Lager des Bürgertums durchaus voneinander zu unterscheiden sind, so muß eine gegen ihre Kapitalbefangenheit gerichtete Ideologiekritik beide Lager doch notwendig gleichermaßen treffen.

- 94 Vor diesem Hintergrund ist es beispielsweise auch verständlich, weshalb Tibi uns vorwirft, die „Energiekrise“ nicht wie er selber auf die Sündenböcke, sondern auf die „Widersprüche des kapitalistischen Systems, die *angeblich* (hervorgehoben von M.M.) die ‚Energiekrise‘ determinierten“, zurückzuführen. Tibi, Bassam: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder ... a.a.O., S. 142 f.

ARGUMENT-SONDERBÄNDE

AS 6

Theorie des Monopols

Staat und Monopole (1)

Editorial

J. Huffschild: Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie

R. Katzenstein: Zur Frage des Monopols, des Monopolprofits und der Durchsetzung des Wertgesetzes im Monopolkapitalismus

E. Altvater: Wertgesetz und Monopolmacht

T. Hagestange: Probleme der Klassenanalyse des IMSF

Einzelpreis 15,50 DM, im Abonnement 12,- DM

für Schüler und Studenten 11,- DM, im Abonnement 9,- DM

ARGUMENT-VERLAG

75 Karlsruhe 21

Postfach 210730